

**Wasstschüß**

# Tschüß



**Was bringt  
Schröder?**

UND: ■ Kosovo ■ Antifaschismus  
■ 80 Jahre Novemberrevolution



# Klassenkampf

Zeitschrift für  
Internationalen  
Sozialismus und  
Arbeiterdemokratie

No. 18 – November 1998

Kürzungskanzler Kohl wurde nach 16 Jahren Amtszeit endlich abgewählt.

Obwohl sich die Wirtschaftskrise noch nicht in der Europäischen Union und in Deutschland durchgesetzt hat, wird der neue Kanzler, Gerhard Schröder gezwungen sein, die Kürzungspolitik von Kohl fortzusetzen, um Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten.

Der Sieg der SPD war eine Art Barometer für das Bewußsein der Kollegen in den Betrieben und gab ihnen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Von einem Umschwung aus der Starre und dem Niedergang der Arbeiterbewegung kann man aber nicht sprechen.

Um weiter in der Oberliga des Kapitalismus spielen zu können, wird die BRD mittelfristig nicht auf militärische Aktionen in den potentiellen internationalen Einflußgebieten verzichten können. Bereitwillig bieten sich Schröder und sein grüner Außenminister Fischer den Bossen als Handlanger für Massenmord und Bombardierungen des Balkan an.

Unser zweites Schwerpunktthema befaßt sich mit dem Konflikt auf dem Balkan und verweist auf die einzig mögliche Perspektive für den Balkan: Die nationale Befreiungsbewegung militärisch unterstützen, damit der Imperialismus geschwächt wird und die Kämpfe in eine permanente Revolution mit sozialistischer Perspektive übergehen.

Desweiteren berichten wir von der Novemberrevolution 1918 in Deutschland, der marxistischen Methode im Klassenkampf, sowie über den Zusammenhang von Börsenkrachs und realen Wirtschaftskrisen.

# INHALT

- 3 Notizen des Monats  
*CSU-Hetze ★ Streikende bei Schilder Warweg ★ Nordkorea*
- Aktuelles
- 4 Kosovo  
*Intervention der NATO wird dem Kosovo keinen Frieden bringen*
- 11 Sieg der Antifa  
*Anti-Nazi-Demos im Osten haben dafür gesorgt, daß die Nazis bei der Bundestagswahl einen deutlichen Abfuhr bekam*
- 12 Deutsch Polizisten prügeln für die Nazis  
*Der Staat hält sich die Nazis, nicht um sie an die Macht zu lassen, sondern um die Arbeiterbewegung einzuschüchtern*
- 18 Ist das die Wende?  
*Was wird die Schröder-Regierung bringen?*
- 24 PDS  
*Die PDS hat deutlich zugelegt und steht vor der Regierungsbeteiligung. Doch sie ist keine sozialistische Alternative*
- Grundsätzliches
- 6 Sozialisten und nationale Befreiung  
*Wie stehen wir zu nationalistischen Bewegungen gegen Unterdrückung?*
- 10 Denk' es mal durch  
*Hat die Aktienbörse eigentlich wirklich was mit der Wirtschaft zu tun?*
- 16 Marxismus für Einsteiger  
*Wie wollen wir den Sozialismus erreichen?*
- 8 Die verlorene Revolution  
*in diesem Monat vor 80 Jahre begann die deutsche Revolution*
- 27 Parteiseite  
*Termine ★ Veranstaltungen ★ Grundsätze*



IS im World Wide Web: [www.geocities.com/rainforest/canopy/4991/intsoz/index.html](http://www.geocities.com/rainforest/canopy/4991/intsoz/index.html)

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes  
und Kontakt:  
Norbert Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln  
Tel.: 0221/760 41 00  
Einzelpreis: DM 2,-  
Abo-Preis: DM 20,-  
(6 Ausgaben im Jahr)  
Kontonummer:  
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30  
Kto.-Nr. 1 409 93-301

Kontakt über Ortsgruppen:  
Bonn: Jochen · 02 28 / 47 79 16  
Essen: Karsten · 02 01 / 74 51 09  
Köln: Francis · 01 77 / 3 90 47 32  
Hamm: Lynn · 0 23 85 / 20 01  
Hagen: Britta · 0 23 31 / 18 21 98  
Leverkusen: Bernd · 02 41 / 60 14 45  
e-mail: [klassenkampf@netcologne.de](mailto:klassenkampf@netcologne.de)

# Auch nach Wahl setzt CSU auf chauvinistische Ausgrenzung

## HIV-positiver Kanadier soll abgeschoben werden

Das Münchener Verwaltungsgericht hat die Ausweisung eines 47jährigen Kanadiers bestätigt, der HIV-positiv ist. Grundlage des Urteils ist der von CSU-Rechtsaußen Gauweiler mitinitiierte „AIDS-Maßnahmenkatalog“.

Obwohl die Krankheit AIDS bei dem Kanadier nicht ausgebrochen ist, reicht der Befund 'HIV-Positiv' schon für »die abstrakte Gefahr einer Krankheitsübertragung ... [und die] Kosten für die Heilbehandlung müßten letztlich von der Solidargemeinschaft aufgebracht werden.«

Die bayerische Landesregierung setzt weiter auf das „Teile-und-Herrsche“ Konzept, indem sie versucht ausländische Kollegen gegen Deutsche, Kranke gegen Gesunde, Schwule und Lesben gegen Heteros auszuspielen.

Wir verurteilen dieses chauvinistische und menschenverachtende Urteil zutiefst und fordern seine Rücknahme.

## Nordkoreas Bürokratie kriegt den Hals nicht voll

Die anhaltende Hungersnot hat in Nordkorea nach Schätzungen schon bis zu drei Millionen Menschen das Leben gekostet. Die meisten Staatsbetriebe stehen seit Jahren still, weite Teile der Bevölkerung haben nur noch Gras zu essen.

Doch die herrschende Klasse, einer der letzten herrschenden staatskapitalistischen Bürokratien auf der Welt, lebt in streng abgeschirmten Villenvierteln und lassen sich mit Luxusartikeln aus dem Westen versorgen. Für die Verschwendungssucht der Nomenklatura und für riesige Rüstungsaufwendungen sind noch genug Mittel vorhanden.

Auch die Hilfsgüter, die Nordkorea von westlichen Hilfsorganisationen erreichen, werden erst durch die Kanäle des Militärs geleitet, wo das meiste in

den Vorratskammern der Bosse verschwindet.

Das Land, das wie alle stalinistischen Staaten unter einem roten Deckmäntelchen seine Massen ausplündert, will sich nun mit besonderen Luxusgütern ausrüsten: bei Daimler-Benz in Stuttgart ist eine Bestellung über 200 Limousinen der neuen S-Klasse eingegangen. Gesamtwert über 30 Millionen Mark.

Das Land steckt tief mit einem Bein in der Barbarei, doch die Verschwendungssucht der Herrschenden ist ungebrochen.

Die Arbeiterklasse Nord- und Südkoreas wird die stalinistischen Bosse im Norden genauso zum Teufel jagen müssen, wie die Privatkapitalisten im Süden.

## Niederlage bei Schilder Warweg

Der längste Arbeitskampf der Nachkriegsgeschichte ist durch die Vermittlung des Ex-Bundesarbeitsministers Blüm zu Ende gegangen.

In seinem Dankesbrief an den »lieben Norbert« Blüm schrieb der IG Medien Vorsitzende Hensche, daß »uns allen ein Stein vom Herzen gefallen ist.«

Zu dem Streik war es gekommen, weil Herr Warweg mit seinem Unternehmen keinem Arbeitgeberverband angehört und sich weigerte, Löhne und Arbeitsbedingungen nach dem Tarifvertrag auszurichten.

Jetzt wurde unter Vermittlung Blüms zwar der Tarifvertrag der

Druckindustrie anerkannt, jedoch bleiben die Löhne der Kollegen auch weiterhin bis zu 30 Prozent unter Tarif. Der Tarif wurde auf dem Papier übernommen, mit der erpresserischen Ausschlußlösung »Ausnahmen an dem Ziel zu orientieren, die Arbeitsplätze in der Firma zu sichern«.

Zudem gilt weiterhin die 38- und nicht die tarifliche 35-Stunden-Woche.

Wichtig für die Kollegen ist allerdings, daß die 100prozentige Lohnfortzahlung verbindlich gesichert ist.

»Daß vorerst materiell alles beim alten bleibt, bedrückt uns,« so die

ehemalige Betriebsratsvorsitzende. Sie hofft, daß Warweg sich an die Vereinbarungen hält und die Gehälter in nächster Zeit angehoben werden.

Das Ergebnis der Streiks beweist keineswegs, daß betriebliche Kämpfe heutzutage vergeblich sind. Doch in einem völlig isolierten Betrieb gibt es kaum Hoffnung auf Erfolg. Der Abschluß zeigt, daß man sich nicht auf die DGB-Führung verlassen kann und Kämpfe in diesen Zeiten des niedrigen Bewußtseins nur Erfolgsaussichten haben, wenn es eine breitere kämpferische Bewegung gibt.

## Bombardierungsdrohung gegen Belgrad

# Konflikte des Balkans bleiben ungelöst

★ FRANCIS BYRNE

*»Milosevic erklärte im jugoslawischen Fernsehen, durch sein Einlenken sei „die Gefahr einer Militärintervention“ durch die NATO abgewendet worden ... Milosevic hatte ... zugesagt, innerhalb von neun Monaten Wahlen abzuhalten, der albanischen Bevölkerungsmehrheit die Autonomie und eine eigene Polizei zu geben sowie Untergrundkämpfern Straffreiheit zu gewähren und Kriegsverbrechen zu untersuchen.«*

*(Frankfurter Rundschau, 14.10.1998)*

Auch wenn die westlichen Staatsoberhäupter Milosevic nicht ganz über den Weg trauen, lauteten ihre Pressemitteilungen zur scheinbaren Lösung der Kosovo-Krise ganz ähnlich: die Drohung der NATO, Serbien zu bombardieren, wenn bestimmte Konfliktlösungen nicht gesucht werden, habe die Situation auf dem Balkan entschärft.

Der Kosovo ist Teil der Bundesrepublik Jugoslawien, der zu 90 Prozent von Albanern bewohnt wird, in dem aber die serbische Zentralregierung in Belgrad eine Apartheid-Region aufgebaut hat, in der die serbische Bourgeoisie über die albanische Mehrheit herrscht. 1989 wurde das Regionalparlament abgesetzt, albanische Schulen und Universitäten verboten, Albaner dürfen seit dem kein Land kaufen, die serbische Polizei terrorisiert Demonstrationen für die Rechte der Albaner, und die wirtschaftliche Situation der Region ist verheerend und

liegt weit unterhalb des jugoslawischen Niveaus. Etwa 200.000 Flüchtlinge ziehen durchs Land oder leben auf der Flucht vor dem serbischen Staatsterror in den Wäldern.

Tatsächlich wollte Slobodan Milosevic eine Bombardierung Belgrads nicht in Kauf nehmen, um zu verhindern, daß sein Rest-Staat weiter auseinanderfällt. Die staatliche Souveränität Restjugoslawiens wird allerdings auch in den Forderungen der UNO, der NATO und der OSZE nicht angetastet. Der US-Sonderbeauftragte Richard Holbrooke hatte eine Vereinbarung mit Milosevic getroffen, in der eine Unabhängigkeit des Kosovo von Jugoslawien ausgeschlossen ist. Insoweit hatte Milosevic auch nicht viel zu verlieren und konnte aus diesem Grund der internationalen Überwachungsmission zustimmen.

Die NATO hat kein Interesse an einer Unabhängigkeit des Kosovo, sie befürchtet mit Recht, daß bei einer Unabhängigkeit des Kosovo die Verhältnisse auf dem Balkan aus den Fugen geraten würden: Bestrebungen zu einem Groß-Albanien würden noch stärkeren Auftrieb erhalten, Montenegro würde noch stärker versuchen aus dem Staatenverbund herauszubrechen, Mazedonien, Bulgarien und Griechenland würden direkt in ihren Interessensgebieten beeinträchtigt. Und trotzdem hängt die Bedrohung eines neuen Krieges ständig über dem Balkan. Kleinstaaten wurden

im Interesse des Imperialismus geschaffen. Die entstandenen Provinzen und Teilrepubliken sind im Interesse der Imperialisten auseinandergetrieben und aufeinander gehetzt worden. Die Lunte für einen Krieg ist also schon vom Imperialismus gelegt worden. Die Gefahr einer größeren kriegerischen Auseinandersetzung wird jetzt nur verstärkt.

Jetzt sollen 2.000 OSZE-Beobachter, begleitet von unbewaffneten Überwachungsflügen, die Umsetzung der UN-Resolution 1.199 beobachten. Diese Resolution verlangt von Belgrad, Militär und Sondereinheiten aus dem Kosovo abzuziehen, die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen, mit den internationalen Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten und eine Lösung des Konflikts mit den Kosovo-Albanern auszuhandeln.

Der NATO Aktivierungsbefehl, der den NATO-Truppen einen Militärschlag innerhalb von 48 Stunden ermöglicht, bleibt auch nach der Vereinbarung Holbrookes bestehen. Der Befehl *»sieht ... zunächst Angriffe mit Marschflugkörpern und anderen Raketen, anschließend gestaffelte Luftangriffe auf serbische Ziele vor, falls Belgrad nicht in der Zwischenzeit tatsächlich damit beginnt, die Forderungen des UN-Sicherheitsrats zu erfüllen.«*

*(Frankfurter Rundschau, 14.10.1998)*

Die Konflikte auf dem Balkan und die Frage der Unabhängigkeit des Kosovo bleiben allerdings weiterhin ungelöst:

Die UCK, die Kosovo-Befreiungsarmee beharrt auf einer Unabhängigkeit des Kosovo. Im Gegensatz zum verbotenen Untergrundparlament um Präsident Rugovar, kämpft die UCK für eine kon-



Serbischer Polizist im Kosovo

sequente Loslösung von Jugoslawien.

Eine Intervention bzw. Bombardierungsdrohung des Westens – egal, ob jetzt mit oder ohne UNO-Mandat – entspannt die Situation nicht.

Schon in den Konflikten um Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina schüttete jede Intervention des Westens mehr Öl ins Feuer. Schon seit Jahrhunderten werden die Nationalitätenkonflikte auf dem Balkan dafür instrumentalisiert, den Interessenskonflikten der verschiedenen Großmächte eine Plattform zu geben.

Die einzige Perspektive für den Kosovo, Serbien und den gesamten Balkan ist, daß die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten erkennen, daß die Trennungslinien nicht zwischen den Nationalitäten stehen, sondern zwischen oben und unten.

Heute den imperialistischen NATO-Truppen, die im Auftrag der größten Kapitalmächte agieren, zu erlauben, militärisch im Balkan einzugreifen, wäre, wie den Wolf zum Schäfer zu machen.

Die Imperialisten haben nur ein Interesse: Sie wollen sich Zugang zu Märkten verschaffen. Besonders die USA will Rußland als Waffenlieferanten aus der Region vertreiben. Diese Militaristen zum Friedensstifter machen zu wollen, ist mehr als Paradox.

Der Imperialismus zerstört die Welt durch seine Profitgier, plündert Staaten bis zum letzten aus, bis sie in Barbarei versinken, wie Somalia und Afghanistan.

Unsere Losung lautet Krieg dem Kriege! Aber wir Sozialisten dürfen nicht dem Hauptfeind der internationalen Arbeiterklasse, dem Imperialismus der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands ideologisch in die Steigbügel helfen und ihn in seinen Kriegsbestrebungen unterstützen. Unsere Antwort auf Krieg ist immer der Bürgerkrieg von unten gegen oben.

Clinton, Schröder und Fischer haben im Balkan nichts zu suchen.

**NATO raus aus dem Balkan!**

*Leserbrief:*

# Pflicht, für Arbeiterkampf einzutreten

„Die einzige Möglichkeit (für eine friedliche Lösung auf dem Balkan, Anm. LC) wird darin liegen, daß die albanischen Arbeiter gemeinsam mit den serbischen und allen Arbeitern des Balkans für eine gemeinsame Welt eintreten.“

So schrieb Werner Klein in *Klassenkampf* Nr. 16, und er hat recht! Sozialisten haben die Pflicht, für diese Perspektive des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter einzutreten, egal wie sehr ihnen die nationalistische Hetze auch ins Gesicht bläst. Leider zieht sich diese Perspektive nicht immer wie ein roter Faden durch eure Berichterstattung. Da ist schon mal die Rede von „der Brutalität des serbischen Krieges“ (KK Nr. 17) oder davon, daß „die Albaner“ von „den Serben“ unterdrückt würden (KK Nr. 15). Völlig aus der Luft gegriffen ist die Behauptung: „Die serbische Minderheit dort wird – noch – nicht von der albanischen Bevölkerung bedroht, obwohl sie nur 10% der Bevölkerung ausmachen“ (KK Nr. 17) Ganz so als würde in diesem Krieg nicht auch zurückgeschossen, serbische Jungen und Männer nicht aus Flüchtlingsbussen verschleppt und trotz eines Massakers an 23 serbischen Zivilisten Ende August. Außerdem ist in euren Artikeln nicht ein einziges kritisches Wort über die UCK zu lesen. Wer so schreibt, wird die serbischen Arbeiter für einen „gemeinsamen Kampf“ nicht begeistern können, denn diese schiebt er mit einem Federstrich zu „den Serben“ gleich den Unterdrückern,

obwohl viele die Schnauze voll haben von der Milosevic-Clique und deren Kriegsgeschrei. Umgekehrt fesselt er aber auch die Albaner an ihre nationalistische Soldateska, mit der sie zwangsläufig Schiffbruch erleiden müssen. Ein wenig mehr Fingerspitzengefühl ist in dieser vom Nationalismus vergifteten Atmosphäre wohl angebracht.

Klare Akzente erfordert auch die Wahl der Überschriften: Es ist immer leichter, mit dem Rückenwind der deutschen Presselandschaft gegen den serbischen Imperialismus zu Felde zu ziehen. Für Sozialisten in Deutschland (und dies verlangt nicht zuletzt die Geschichte) sollte es aber vor allem heißen: Deutsche Truppen und NATO raus aus Jugoslawien!

■ LYNN CIMINSKI, HAMM

Kommentar der Redaktion:

Sicher stimmt es, daß inzwischen die Kosovo-Albaner auch die serbische Minderheit terrorisiert. Dies geschieht jedoch als Antwort auf die Unterdrückung durch die serbische herrschende Klasse. Es gibt eine nationale Unterdrückung durch die serbische Bourgeoisie im Kosovo. Darin sind sich alle linken Gruppen, außer den stalinistischen Gruppen einig. Natürlich meinen wir mit „die Serben unterdrücken die Albaner,“ immer die herrschende Klasse und nicht die serbischen Arbeiter.

# Sozialisten und nationale

## Im Moment tobt ein blutiger Krieg um Unabhängigkeit im Kosovo, der schon Hunderte Tote gefordert hat.

Über 200.000 Menschen sind auf der Flucht vor den Auseinandersetzungen. Die Kosovo-Albaner in Jugoslawien hatten in der Region Kosovo einen Bevölkerungsanteil von etwa 90 %, waren aber in den Parlamenten nicht annähernd repräsentiert. Im Zuge des Auseinanderfallens von Jugoslawien wurden 1989 die albanischen Schulen und Universitäten geschlossen, es durfte kein Land mehr an Albaner verkauft werden, und ähnliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung wurden durchgeführt.

Diese Unterdrückung wirkte sich natürlich auch auf den Lebensstandard der Menschen aus: Der Kosovo galt und gilt immer noch als die ärmste Region Europas. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug 1954 nur 48% und 1975 sogar nur 35% des jugoslawischen Durchschnitts.

Jetzt haben eine Bewegung und eine Armee von sich reden gemacht, die die Unabhängigkeit des Kososvo von Belgrad auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die Frage ist, wie verhalten wir uns als Revolutionäre gegenüber solchen Bewegungen?

Für uns Sozialisten verlaufen die Grenzen zwischen oben und unten und nicht zwischen Deutschen und Nicht-deutschen oder zwischen den verschiedenen Nationen. Im Kommunistischen Manifest heißt es:

*»Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. ... In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation [Ausbeutung] einer Nation durch die andere aufgehoben.*

*Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegen-*

*einander.«<sup>1</sup>*

Wir Sozialisten kämpfen also für eine klassenlose Weltgesellschaft, die keine Nationen oder Nationalitäten kennt und lehnen die Teilung der Welt in verschiedene Nationen ab.

Es gibt aber verschiedene Formen des Nationalismus. Es gibt den Nationalismus der alten imperialistischen Staaten – wie den USA, Frankreich oder Deutschland. Es gibt den Nationalismus von Minderheiten, die nicht unterdrückt werden, in dem sich Teile der reichsten Landstriche von dem ärmeren Rest trennen wollen – wie in Teilen von Norditalien oder im Baskenland. Es gibt aber auch einen Nationalismus, der sich gegen die Unterdrückung von imperialistischen und subimperialistischen (das sind die Imperialisten, die in ihrer Region eine Vormachtstellung haben oder anstreben) Mächten zur Wehr setzt. Kurdistan und der Kosovo sind dafür derzeit die aktuellsten Beispiele.

Wie gehen wir Sozialisten mit diesen verschiedenen Formen des Nationalismus um?

## Ursprünge der Diskussion

Karl Kautsky – ein Reformist – sagte in der Periode der Zweiten Sozialistischen Internationale (1889 – 1914), die Entwicklung des Kapitalismus zu einem weltumfassenden System würde nach und nach die Notwendigkeit von Nationalstaaten aufheben. Er versuchte dies mit der Theorie des Ultra-Imperialismus zu untermauern. Die Entwicklung des Kapitalismus würde zu einer Welt führen, in der die großen kapitalistischen Staaten zu einem Trust verschmelzen und Konflikte zwischen den verschiedenen Ländern unnötig würden.

Diese Theorie entwickelte er 1914 – wenige Monate vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in dem es um die Neuverteilung der profitbringenden Kolonien ging. Tatsächlich hat also die Entwicklung des Kapitalismus zu einem weltumfassenden System die Widersprüche zwischen den Ländern auf der Welt bis heute verschärft, nicht überwunden.

Reformistische Bürokratien und Sonderprofite, die aus den direkten Kolonien oder wirtschaftlich abhängigen bzw. unterdrückten Staaten gezogen werden, helfen dabei, daß die Ideologie des nationalen Interesses die Arbeiter in den entwickelteren Ländern festhalten kann.

Für die Länder der sogenannten Dritten Welt, die sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die imperialistischen Länder zur Wehr setzen, gilt, daß diese Gegenwehr zumeist eine Form des Nationalismus annimmt.

## Luxemburg und die polnische Unabhängigkeit

Die wichtigste ungeklärte Frage zur Jahrhundertwende war die Polens, welches im letzten Jahrhundert zwischen seinen Nachbarn Preußen, Rußland und Österreich aufgeteilt worden war.

Eine Vielzahl von Aufständen gegen die Fremdherrschaft machte Polen zum Gegenstück von Vietnam im letzten Jahrhundert. Auch Marx und Engels unterstützten die Bewegung für nationale Unabhängigkeit.

Mit der Entwicklung der Industrie und des Proletariats übernahm die Polnische Sozialistische Partei nationalistische Positionen. Laut dieser Partei hatte der Kampf für nationale Unabhängigkeit Vorrang vor allem anderen. Der Kampf der polnischen Arbeiter um Selbstemanzipation sollte zurücktreten, um die nationale Einheit gegen die Unterdrücker nicht zu gefährden.

Dieser Sozial-Patriotismus wurde von einer Gruppe revolutionärer Sozialisten angegriffen, die sich in der Sozialdemokratischen Partei von Polen und Litauen um Rosa Luxemburg und Leo Jogiches sammelten. Rosa Luxemburg stellte nicht nur den Sozial-Patriotismus in Frage, sondern sagte, daß Forderungen nach polnischer Unabhängigkeit historisch überholt und reaktionär wären.

Ihr Argument war, daß die Entwicklung des polnischen und russischen Kapitalismus zu einem einzigen, gemeinsamen Wirtschaftsorganismus zusteuert. Aus diesem Grunde hätten weder die polnische Bourgeoisie (wegen der russi-

# Befreiungsbewegungen

schen Absatzmärkte) noch die polnische Arbeiterklasse (weil sie und die russischen Arbeiter das gleiche objektive Interesse haben) ein Interesse an nationaler Unabhängigkeit.

Sie entwickelte aus ihrer Ablehnung gegen die polnische nationale Unabhängigkeit eine grundsätzliche Kritik. Sie sagte, die Entwicklung einer kapitalistischen Weltwirtschaft hat die materielle Basis für nationale Unabhängigkeit zerschlagen.

Lenin und der Kampf der unterdrückten Massen gegen den Imperialismus

Lenin entwickelte eine ganz andere Haltung: Er sah den Kampf um nationale Befreiung von unterdrückten Ländern als einen Teil des Kampfes gegen den Imperialismus, als Teil des internationalen Klassenkampfes.

Das Argument von Lenin war im wesentlichen eine Verallgemeinerung von Marx' Unterstützung für die Unabhängigkeit Irlands:

*»Irland liefert durch die beständig zunehmende Konzentration der Pachten beständig sein surplus (seinen Überschuß) für den englischen Arbeitsmarkt und drückt dadurch Löhne und materielle und moralische Position der englischen Arbeiterklasse herab.*

*Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische Arbeiter und irische Arbeiter. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den Lebensstandard herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. [...] Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der*

*Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt.«<sup>23</sup>*

Als Teil der Aufgabe für Sozialisten, die englische Arbeiterklasse zu vereinen, mußten Sozialisten die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit Irlands unterstützen, so Marx.

Lenin sah, daß die kolonialen Massen als eine Kraft im Kampf gegen den Imperialismus gewonnen werden konnten.

Diese Haltung repräsentierte für Lenin allerdings keine weiche Haltung mit nationalistischen Ideologien. Aus diesem Grund unterschied er zwischen den Aufgaben von Revolutionären in unterdrückenden Ländern und unterdrückten Ländern:

In unterdrückenden Ländern galt es, die Vorherrschaft der nationalistischen Ideen über die Köpfe der Arbeiter zu brechen und Internationalismus zu beweisen.

In unterdrückten Ländern mußten Revolutionäre ihre Opposition gegen den Einfluß der Imperialisten mit der klaren Unterstützung der Idee der internationalen Arbeiterklasse und der sozialistischen Perspektive verknüpfen. Das heißt, Revolutionäre müssen einen ideologischen und politischen Kampf gegen die nationalen Bourgeoisien führen.

## Bedingungslose Unterstützung

Trotsky hat diese Frage auf eine kurze Formel gebracht: *»Militärische Unterstützung ja, politische Unterstützung nein.«*

Wir unterstützen die Bewegungen bedingungslos und hoffen die Arbeiter in den unterdrückten Ländern vom Nationalismus wegzugewinnen. Es ist aber wichtig zu betonen, daß wir natürlich nicht die kleinbürgerlichen Parteien oder bürgerliche Führer dieser Bewegungen unterstützen.

*»... wir müssen zuerst klarstellen, daß wir den Kampf bedingungslos unterstützen. Sonst geschieht es allzu schnell, daß wir unsere eigene herrschende Klasse gegen die von ihr unterdrückten Völker unterstützen und sie somit stärken.«<sup>4</sup>*

Wo die Forderung nach nationaler

Unabhängigkeit in unterdrückten Ländern auftritt, müssen Revolutionäre diesen Kampf unterstützen, aber gleichzeitig um die Führung in diesen Bewegungen kämpfen. Nur an der Seite der kämpfenden Massen werden Revolutionäre Einfluß auf die Ideen der Arbeiter in diesen Ländern gewinnen können.

Die Arbeiterbewegung darf allerdings nicht der Bewegung für nationale Unabhängigkeit untergeordnet werden, und der Aufbau einer revolutionären Partei muß – auch in ihrer Keimform – weiterbetrieben werden.

Die Bourgeoisie und die Arbeiter eines vom Imperialismus unterdrückten Landes haben nicht das gleiche Interesse. Das Interesse der Bourgeoisie ist es, die Profite, die die Imperialisten mit ihrer Unterdrückung aus dem Land herauschaffen, durch eigene Unterdrückung in die eigene Tasche zu bringen.

Das objektive Interesse der Arbeiterklasse ist es, in einer weltweit solidarischen Gemeinschaft ohne Unterdrückung zu leben.

Wenn man sich gegen die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen wendet, wendet man sich auch gegen die Theorie der permanenten Revolution von Trotzki. Diese Theorie besagt, daß jede bürgerliche nationale Revolution von Marxisten weitergetrieben werden muß zur sozialistischen Revolution. Wenn wir Befreiungsbewegungen von unterdrückten Nationen nicht unterstützen, berauben wir uns jeder Möglichkeit für eine sozialistische Revolution.

## Die Fehler der Linken

Die Linke hat einen fatalen Fehler gemacht: Sie hat die Kämpfe um nationale Befreiung mit Kämpfen für den Sozialismus verwechselt. Die Linke hat diese Kämpfe unterstützt, weil sie die Kämpfe für fortschrittlich hielt, nicht aus taktischen Gründen.

Das beste Beispiel hierfür ist Vietnam.

Die Linke hat den Kampf Vietnams erst gegen den französischen und dann den US-Amerikanischen Imperialismus unterstützt. Die Linke war der Illusion

aufgessen, daß die nationale Unabhängigkeitsbewegung unter der Führung von Ho-Chi Minh einen sozialistischen oder fortschrittlichen Staat erkämpfen würde. Tatsächlich wurde ein staatskapitalistisches Land, nach dem Vorbild des Ostblocks aufgebaut. Die Bewegungsgesetze des Kapitalismus wurden nicht zurückgedrängt und die Arbeiterklasse wurde genauso unterdrückt, wie in den privatkapitalistischen Ländern des Westens. Die Führung dieses Kampfes gab sich nur darum ein rotes Deckmäntelchen, um die Massen an sich zu binden. Wir Leninisten aber hatten keine Illusionen in einen etwaigen fortschrittlichen Charakter dieser Bewegungen. Wir haben diese Kämpfe nur aus taktischen Gründen unterstützt, weil sie den Imperialismus schwächen und weil die Mög-

lichkeit bestand, die Arbeiter für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen.

Die Befreiung von den Imperialisten hat dem Weltimperialismus, besonders aber dem US-Imperialismus einen tiefen Schlag versetzt, von dem er sich nach zwanzig Jahren kaum erholt hatte.

Nachdem die Linke ihre Illusionen in die Fortschrittlichkeit Vietnams verloren hatte, wandte sie sich grundsätzlich von der Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen ab.

Als es beispielsweise 1979 darum ging, die nationale Unabhängigkeit des Irans gegen den US-Imperialismus zu unterstützen, lehnte der größte Teil der Linken diese Unterstützung ab, weil sie die Führer dieser Kämpfe, also Khomeini und die Mullahs als rückschrittlich betrachteten.

Weltweit ist seit dem ersten Weltkrieg der Sozialismus möglich.

»Im Vergleich zu einer möglichen sozialistischen Gesellschaft ist eine bürgerliche, auch wenn sie national unabhängig ist, rückschrittlich und nicht fortschrittlich.

Nationale Befreiungskämpfe setzen breite Massen Unterdrückter und Unzufriedener in Bewegung, die völlig unterschiedliche Motive und Ziele haben können. Alles was sie zusammenhält, ist der Haß gegen die Fremdherrschaft. Natürlich können solche Kämpfe einen progressiven Charakter bekommen und eine Dynamik enthalten, die sie über ihre eigenen Grenzen hinweg – und in einen sozialistischen Kampf hineinführen können. Sie selbst sind aber nicht sozialistisch«<sup>5</sup>

# Mord per Abschiebung

## Die Abschiebungsmethoden der Imperialisten forderten den Tod einer nigerianischen Frau

★ CLAUDIA WACH

**In diesem September wurde eine 20jährige nigerianische Frau, die in Belgien Asyl beantragt hatte, bei ihrer Abschiebung ermordet. In ihrem Fall ist die alltägliche und gängige Abschiebep Praxis Belgiens verantwortlich für das Ende dieser jungen Frau.**

Nachdem Semira Adamu, nach Ablehnung ihres Asylantrages die meiste Zeit in Haft verbracht hatte, wurde sie bei ihrer Abschiebung im Flugzeug an den Händen und Füßen gefesselt und bekam von zwei belgischen Polizisten minutenlang ein Kissen auf den Mund gedrückt. Durch das Kissen am Atmen gehindert, fiel Adamu in ein Koma, aus dem sie nicht mehr erwachte. Entsprechend lautete das vorläufige Obduktionsergebnis: Tod durch Ersticken.

Nach Darstellung des Innenministeriums in Belgien gibt es keine »besseren Mittel als ein auf das Gesicht gedrücktes Kissen, um sich wehrende Asylbewerber bei der Abschiebung zu

beruhigen.« (Frankfurter Rundschau vom 25.09.98)

### Zwangsehe

Hieran wird deutlich, daß die Erstickungs-Methode eine übliche Vorgehensweise des Staates bei Abschiebungen darstellt. Selbstverständlich wehren sich Menschen, die aus dem Land verwiesen werden, gegen ihre Abschiebung. Adamu selbst hatte um Asyl gebeten, weil sie in Nigeria von ihrer Stiefmutter zu einer Zwangsehe mit einem 65jährigen Mann verdonnert werden sollte.

### Empörung

In Belgien hatte die Nachricht über den Tod der Asylbewerberin eine Flut an Empörung und Entsetzen ausgelöst.

An der Trauerfeier für die 20jährige Adamu nahmen in Belgien knapp 5.000 Menschen teil, die ausdrücklich sämtliche Staatsmänner zu dieser eingeladen hatten.

Im Nachhinein entschuldigte sich der belgische Staat für diesen Unfall und bat sozusagen um Verzeihung. Eine Geste, die man sich von staatsseiten her hätte ersparen können, wissen wir doch, daß zukünftig, sobald etwas Gras über die Sache gewachsen ist, mit derselben Brutalität weiter abgeschoben wird.

Diese brutalen und menschenunwürdigen Abschiebungsmethoden werden nicht nur von Belgien praktiziert, sondern gehören auch in anderen Ländern, nämlich Deutschland oder Frankreich, zum Alltag.

Die reichen Imperialisten konnten sich zwar nur zu solchen entwickeln, weil sie eben die sogenannten armen Länder ausgeplündert haben und auch heute noch nicht davor zurückschrecken, doch wollen sie auf keinen Fall die Menschen, die konkret unter den Bedingungen in diesen Ländern leiden, aufnehmen. Die meisten von ihnen werden hemmungslos abgeschoben, sogar dann, wenn ihnen in ihrer Heimat der Tod droht.

Vor allem Nigeria ist dafür ein gutes Beispiel: Hier hat der Shell-Konzern das



Mit der zunehmenden Krise des kapitalistischen Systems wird sich auch die Ausbeutung und Unterdrückung von nationalen Minderheiten verschärfen.

Gleichzeitig wird sich die Gegenwehr der unterdrückten Massen zunehmend gegen den Imperialismus wenden und die Frage der nationalen Befreiung dringlicher auf die Tagesordnung setzen, als in den letzten 20 Jahren.

Aus diesem Grund ist es wichtig, daß wir Klarheit über unsere taktische Haltung in dieser Frage haben. Rosa Luxemburgs Fehler war, den nationalen Befreiungskampf nicht als Kraft des internationalen Klassenkampfes zu begreifen. Mit den Ideen und der Taktik von Lenin haben Revolutionäre ein Handwerkszeug erhalten, um die Welt aus ihren Angeln zu heben. ★



## Grüne für Krieg

*Vor zwanzig Jahren sprach er, daß wir (die außerparlamentarische Opposition) die Imperialisten durch militante Aktionen in ihre Grenzen verweisen müssen. Heute spricht er, daß wir (die Imperialisten) den Herrn Milosovic in seine Grenzen verweisen müssen.*

*Endlich ist er da angekommen, wo er glaubte, den herrschenden Kapitalisten zu zeigen, wo es lang geht. Wunderbar. Nur dort redet er jetzt auch das, was die Kapitalisten hören wollen. Gestern noch im Frankfurter Straßenkampf, heute schon sitzt er bei dem mächtigsten Mann der Welt auf dem Sofa und erzählt sich mit ihm Jogger-Witze. Oder was auch immer. Hauptsache, unser Fischerlein muß nicht mehr durch die Frankfurter Straßen kämpfen.*

*Und die „Radikalen“ bei den Grünen? Der Herr Vollmer ist auch für den „humanitären“ Krieg, er müsse nur unter UNO-Vollmacht geführt werden, sonst würde das ja immer ohne UNO-Mandat laufen. Mit der UNO könne der Imperialismus ruhig töten, massakrieren, vierteilen, Augen austechen, Mütter und Väter erdolchen, Kinder in ihrem Blut liegen lassen. Aber ohne, nein, nein.*

*Und der sogenannte Fundamenta-*

*list Herr Trittin sagt gar nichts mehr. Auf die Frage eines Journalisten nach der Haltung der Grünen bezieht er sich auf andere wie den Herrn Vollmer und gibt deren Haltung wieder, seine Meinung gibt's nicht mehr, er ist ja jetzt schon ein halber Herr Minister mit Daimler-Dienstwagen und guter Rente.*

*Das ist das Ende, wenn man sich von der Arbeiterklasse abwendet. Wenn nicht die Arbeiterklasse, dann ist es „jeder“, der den Frieden herbeiführen kann und man muß sich aufs ganze Volk berufen. Und wenn man dann noch „Realpolitik“ betreiben will, dann wird man selber zum Handlanger der deutschen Bourgeoisie.*

*Dabei hat der Imperialismus bereits die Verhältnisse in Jugoslawien zerrüttet und wird sie noch weiter verschlimmern.*

*Nur die gemeinsame Aktion aller Arbeiter auf dem Balkan wird dort Ruhe schaffen können.*

*Auch, wenn sich das noch so illusorisch anhört. Es ist die einzige Chance und deshalb die Idee, mit der geringsten Illusion. Der Glaube, daß der Imperialismus Frieden bringt, ist hundert Mal illusorischer. Ein Fischer wird daran nichts ändern.*

Sagen. Ein imperialistisches Unternehmen, was das ganze Land in Schutt und Asche legt und dafür Sorge trägt, daß die nigerianische Bevölkerung zugrunde geht.

Erst kürzlich versuchten ca. 600 Nigerianer Pipelines, die zu keiner Zeit von Shell gewartet werden, selbst zu reparieren, um den Boden vor auslaufendem Öl zu schützen. Dieser Versuch scheiterte jedoch und diese Menschen mußten als Folge ebenfalls ihr Leben lassen – sie verbrannten.

### Brutalität

Und der Shell-Konzern ist auch Schuld daran, daß das Land noch fast im Mittelalter lebt, weil er die Profite, die er dort macht, ins Ausland schafft. Deshalb müssen die Menschen noch in ihren alten Denkstrukturen verharren, und Semira Adamu wird gezwungen einen Greis zu heiraten. Sie konnte zwar Nigeria lebend verlassen, mußte dafür aber im Herzen des Imperialismus mit ihrem Leben bezahlen. ★

# Casinokapitalismus

★ MARGIT BEHRENDIS

Die Welthandels- und Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (Unctad) warnt in ihrem Handels- und Entwicklungsbericht 1998 vor einer weltweiten Rezession.

Die Weltwirtschaft wird in dem Bericht als »am Rande des Abgrunds« beschrieben, wenn Gegenmaßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und der Finanzen nicht greifen.

Im Zuge der Finanzkrise einiger Länder sind die Börsen weltweit in Turbulenzen geraten.

»Die notorisch optimistischen Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) erwarten für 1998 zwar ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent – schließen aber auch eine globale Rezession nicht mehr aus.

Die Warnung ließ die Aktienkurse weltweit einbrechen. In Frankfurt setzte vergangene Woche an der Börse eine Art Sommerschlußverkauf ein. Der Dax, der im Juli bis auf 6171 Punkte hochgeschossen war, fiel dabei unter die Marke von 4.000 Punkten.« (Stern, Nr. 42/98)

Allein in der letzten Augustwoche verloren die Börsenplätze Frankfurt 4,6%, London 4,9%, New York 6,3%, Tokio 7,6% und Moskau – bedingt durch die scharfe Wirtschaftskrise dort – satte 40,9%. Tagesschwankungen von fünf Prozent gehören inzwischen zur Tagesordnung, schreibt die Deutsche Bank in einem Bericht.

Doch diese Kursschwankungen an den Aktienmärkten bedeuten nicht notwendigerweise einen Rückgang der realen Wirtschaftsleistung. In den USA und in Deutschland, wo Dow Jones Index und Dax einen tiefen Fall zu verzeichnen hatten, sind die Erwartungen der Industrie noch relativ positiv.

In welchem Verhältnis stehen also Krachs an der Börse und die Entwicklung der realen, also produzierenden Wirtschaft?

Die eigentliche Rolle der Börsen, nämlich Kapital für neue Investitionen zu beschaffen, ist in den Hintergrund getreten. Die an der Börse gehandelten Papiere sind im wesentlichen Spekulationsgegenstände geworden. Ein Kapitalist setzt sein Kapital da ein, wo er die größten Gewinne zu erwarten hat.

Wenn die Erwartungshaltung einiger Kapitalisten so ist, daß sie glauben, es lohnt sich zur Zeit nicht, in neue Maschinen u.ä. zu investieren, dann suchen sie nach Alternativen. Versprechen die Aktien der Firma X eine größere

Vermehrung des Geldes, so werden sie gekauft. Eine Auswirkung auf die tatsächlich produzierten Werte, eine Vergrößerung der Wertschöpfung der Firma X hat dieser Kauf an der Börse nicht.

Werden plötzlich – durch eine veränderte Erwartungshaltung – die Aktien der Firma Y hoch im Kurs gehandelt und die der Firma X fallen, dann hat derjenige den schwarzen Peter, der die Aktien der Firma X zuletzt hält. Es ist wie beim Roulette-Spiel: Casinokapitalismus.

An den Finanzmärkten verläuft es ganz ähnlich: Spekulanten kaufen Währungen, von denen sie erwarten, daß sie im Wert ansteigen und verkaufen andere, von denen sie erwarten, daß sie fallen werden. Sie erzwangen so die Abwertung des thailändischen Baht am 2.6.1997 und brachten damit die Asienkrise ins Rollen.

## Der Krach 1987

Nach einem weltweiten rapiden Anstieg der Kurse fielen die Aktienmärkte am „schwarzen Montag“, dem 19.10.1987, weltweit um durchschnittlich 25%.

Der Börsenmarkt hatte befürchtet, daß die US-amerikanische Wirtschaft vor einer Rezession steht, und die Börsianer wollten zuvor schnell ihre Gewinne abschöpfen, was zu einer weltweiten Kettenreaktion führte. Die Reaktion der Herrschenden weltweit war, die Steuern und Leitzinsen zu verringern. Dies hatte eine Belebung der Wirtschaft zur Folge, die die Auswirkungen der wirklichen Schwächen der Ökonomien um zwei Jahre nach hinten verschob.

Turbulenzen an der Börse sind ein Hinweis auf die inliegenden Probleme der Wirtschaft. Einen direkten Zusammenhang zwischen spekulationsbedingten „Korrekturen“ und Veränderungen in der Wirtschaft gibt es nicht.

So schrieb auch Börsenpapst André Kostolany kürzlich im Stern:

»Der Rückschlag wäre in jedem Fall gekommen, denn der Ballon war total aufgeblasen. Und wie es Ballons so an sich haben, das weiß jedes Krabbelkind, genügt ein kleiner Nadelstich ... und Peng! Nur, in unserem Fall kam nicht „ein“ Nadelstich, es kamen gleich drei, die den Ballon platzen ließen: Erstens die Asien-Krise, inklusive Tokio. Zweitens die Warnung des amerikanischen Notenbankpräsidenten Alan Greenspan gegen die übertriebene Spekulation. Damit hatte er Recht. Und er fügte seine Drohung dazu, vielleicht die Zinsen zu erhöhen. Der dritte Nadelstich war die katastrophale Lage der russischen Finanzen. Sie hat aber

speziell für Wall Street überhaupt keine große Bedeutung.«

Daß diese Krisen keine große Bedeutung für die Wall Street oder für die Weltökonomie haben, stimmt natürlich nicht. Diese Krisen sind Anzeichen dafür, daß die globale Ökonomie zunehmend aus den Fugen gerät und vor einer tiefen Krise steht.

Die Gesundheit des Systems wird bestimmt durch das Verhältnis von tatsächlich in Maschinen investiertem Kapital und dem, nach dem Produktionsprozeß – nach der Hinzufügung von Arbeitskraft – erwirtschafteten Mehrwert. Das tendenzielle Sinken dieser Profitrate wird dadurch bestimmt, daß immer weniger Arbeiter – die einzige Quelle des Mehrwertes – an immer teureren Maschinen und Anlagen arbeiten.

Eine globale Rezession oder gar Depression steht unausweichlich bevor. Sie muß nicht morgen ausbrechen, Ende Oktober hatten sich die meisten Börsenkurse fürs erste erholt.

Die Weltwirtschaft bewegt sich aber immer noch nah am Rande des Zusammenbruchs. Die grundsätzlichen Probleme sind nicht gelöst worden.

Die Herrschenden werden mit Sicherheit keine einfache finanz- oder wirtschaftspolitische Lösung für die zunehmende Krise finden. Bei aller Konkurrenz untereinander sind sich die Bosse in einem Punkt einig: sie werden versuchen, die Arbeiterklasse für die Krise bezahlen zu lassen.

Die hochgelobte Marktwirtschaft ist nicht dazu fähig, gesicherte Lebensverhältnisse für die Menschen zu schaffen. Im Gegenteil, auf der Suche nach Profiten zerschlägt das Kapital und der Imperialismus ganze Erdteile.

Weltweit ist das Verhältnis zwischen investiertem Kapital zu erwirtschafteten Profiten so niedrig, daß das Kapital zunehmend seinen Ausweg sucht in riskanten Spekulationen, Konzernfusionen (die durch Zusammenlegung von Kapazitäten und Entlassung von „überzähligen“ Arbeitern die Geschwindigkeit des Profitratenfalls noch beschleunigen), härterer Konkurrenz auf dem Weltmarkt – auch mit militärischen Mitteln – und zunehmend härterer Ausbeutung der Arbeiter.

Die Perspektivlosigkeit des Konkurrenzsystems wird immer deutlicher sichtbar. Die Auswege des Kapitals aus der Krise können den Arbeitern immer weniger bieten und werden ihre Gegenwehr treffen. Dies konnten wir kürzlich am Beispiel Südkoreas beobachten konnten. ★

Mecklenburg-Vorpommern:

# Sieg der Antifa

★ NORBERT NELTE

**Den Nazis sind bis zu 20% von den Meinungsforschungsinstituten für die Wahlen 1998 in Mecklenburg-Vorpommern vorausgesagt worden.**

Nach dem Sieg der DVU in Sachsen-Anhalt mit 12,9% und den Berichten über die Aktivitäten der braunen Brut besonders aus Rostock und Wolgast glaubten die Bürgerlichen selbst nicht mehr an ihre eigene Propaganda, sie mit ihrer Aufklärung schlagen zu können. Man rechnete gar mit zwei Naziparteien im Landtag, der NPD und DVU.

CDU-Chef Seite verleugnete gar die Nazi-Umtriebe und bezeichnete die Glatzen-Faschisten als harmlose Jugend-Kultur-Anhänger. Die bürgerlichen Parteien wollten deren Anhänger nicht vergrätzen. Alle erhofften sich, deren Wahlstimmen zu erhalten. Sogar die linksreformistische PDS schreibt im Leitartikel des Parteiorgans *Neues Deutschland*: »Wir haben die nationale Identität den Rechten überlassen.« und dann beschwört sie patriotisch »die Heimat« und daß es um ein »besseres Deutschland« gehe.

## Aktion

Im vorpommerschen Wolgast terrorisierte die NPD den Bürgermeister, der ihre gewalttätigen Attacken gegen SPD-Wahlkämpfer publik machte. Wie auch in anderen pommerschen Kreisen traute sich sogar die Polizei nicht mehr, gegen die Faschisten vorzugehen. Zu lange hatte man schon dem Treiben verharmlosend zugesehen und bekam es jetzt nicht mehr unter Kontrolle.

Umso mehr verwunderte es dann alle bürgerlichen Kräfte, daß die DVU nur 2,1% erreichte und die NPD unter „Ferner-liefen“ landete.

Trotzdem hatten schnell alle Parteien die relative Niederlage der Nazis ihrer Aufklärungsarbeit zugeschrieben. Sie wollen uns tatsächlich weismachen, weil sie wie Seite den Nazis nicht weh tun,



Antifaschisten marschieren in Bonn

wie die PDS selber nationalistische Töne von sich geben oder wie besonders die CDU selber die rassistische Klaviatur spielen, daß sie damit die Nazis geschlagen hätten.

Nur hier haben wir es mit der üblichen Geschichtsfälschung der Bürgerlichen zu tun. Und es liegen wieder eindeutige Beweise vor, die dies als Lüge entlarven.

In Sachsen-Anhalt haben die Bürgerlichen nichts anders gesagt als in Mecklenburg-Vorpommern. Ihre „Aufklärungsarbeit“ war die gleiche, ihre Politik war in Rostock und Magdeburg völlig identisch. An ihnen kann es wirklich nicht gelegen haben, daß die Nazis so geschlagen wurden.

**Was war aber in Rostock anders, was war neu gegenüber vorher?**

**Es war die Aktivität der Bevölkerung auf der Straße. 15.000 Rostocker Bürger und Linke verhinderten den Nazi-Aufmarsch am 19. September vor dem „Sonnenblumenhaus“, dem Flüchtlingsheim, wo vor sechs Jahren unter dem Beifall von Erwachsenen eine Horde Skins Vietnamesen und Asylbewerber mit Molotow-Cocktails bedrohten.**

Diesmal sind die Bewohner aufgewacht und die Nazis mußten außerhalb der City marschieren. Erinnerungen an den 17.6.1978 werden wach. Damals konnte in Frankfurt am Main von 10.000 Antifaschisten verhindert werden, daß die NPD auf den Römer marschierte, und ihre 6.000 Trommler und Fahnen-schwenker mußten außerhalb der Stadt bleiben.

Im Jahr danach wurde der erneute Versuch der NPD mit 50.000 Gegen-demonstranten total vereitelt. Schon 100 km vor Frankfurt wurden sie von der Polizei abgefangen und nach Hause geschickt.

Diesen großen Sieg bietet jetzt auch Rostock. Nun hat die Linke den Schlüssel in der Hand, die Nazibewegung im Osten in ihre Löcher zurück zu schicken.

Die Rostocker haben diesmal glücklicherweise den bürgerlichen Politikern nicht vertraut und die Sache selber in die Hand genommen.

Die ständigen Versicherungen der Kapitalparteien, mit Aufklärung die Nazis zurückzudrängen, sind unglaubwürdig.

Der Unterschied der Nazis zu Konser-

vativen ist ja gerade, daß sie die Kapitalinteressen mit Terror auf der Straße durchsetzen. Dann können sie auch nur dort geschlagen werden.

Schon Hitler gab 1934 diesen Gedanken zu, als er sagte:

»Nur eines hätte unsere Bewegung stoppen können – wenn unsere Gegner ihr Prinzip verstanden hätten und vom ersten Tag an den Kern unsere neuen Bewegung mit aller Brutalität zerschlagen hätten.«

15.000 haben jetzt diese Lehre gelernt und den Nazis ihre Grenze gezeigt. Prompt drückte sich das in den Wählerstimmen aus.

Der Wähler der Faschisten wählt nicht gerne die Niederlage. Nun wußte er aber, mit der Wahl der NPD wählt er auch gleichzeitig den Verlierer. Deshalb hat er massenweise nach Rostock die SPD und die PDS gewählt.

Nur die jungen Erstwähler hielten der NPD noch die Treue. In ihren Kreisen bleibt der Faschismus nach wie vor die einzige Alternative. Für sie bleibt die Frage nach der 5%-Hürde unbedeutend, ihr Kriterium ist hauptsächlich die Stärke auf der Straße.

Deshalb darf Rostock nicht das Ende eines antifaschistischen Kampfes sein, sondern der Anfang einer Kampagne, die die Nazi-Geister zurück in ihre Löcher schiebt.

Die Politik in Bonn kann Ost und West nicht vereinigen. Der gewerkschaftliche Kampf hat einige Arbeiter in Ost und West zusammengebracht und wird den Rest in Zukunft über den Klassenkampf zusammenbringen. Der 19. September 1998 in Rostock ist eine Markierung für das Zusammenwachsen des außerbetrieblichen Kampfes in Ost und West.

Jetzt gilt es nachzusetzen. Nicht nur für Sachsen und Magdeburg kann Rostock als Vorbild und Beschleuniger dienen, sondern auch für Münster und Passau.

Sicher treten die Nazis im Westen bisher nur vereinzelt auf, sie mußten zu meist noch das Dunkel der Nacht als Schutz suchen. Doch ihr Erfolg im wirtschaftlich schwächeren Osten droht auch in den Westen rüberzuschwappen, da es ja auch in den Westländern eine weitere wirtschaftlichere Verschlechterung über kurz oder lang geben wird.

**Ob Ost oder West,  
Nieder mit der Nazi-Pest!  
Wehret den Anfängen!**



Massendemos können die Nazis von der Straße jagen

★ RUTH KRÜGER

**Am 24. Oktober 1998 demonstrierte die Nazi-Partei NPD in Bonn gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht“. Die ist vom Hamburger Institut für Sozialforschung zusammengestellt worden und zeigt, wie die deutsche Armee vom Hitler-Faschismus im Zweiten Weltkrieg instrumentalisiert worden ist.**

Einmal abgesehen davon, daß auch „ganz gewöhnliche“ Kriege schon ein Verbrechen darstellen – daß junge Männer aufs Schlachtfeld gezwungen werden, damit sie ihr Leben für neue Absatzmärkte oder die Profite ihrer Bosse opfern, die sie in Friedenszeiten ausbeuten, daß seit des Ersten Weltkrieges in den Kämpfen mehr Zivilisten mißhandelt und getötet werden als Soldaten – stellt der Zweite Weltkrieg für die Wehrmacht noch etwas besonderes dar.

Je länger der Krieg währte, desto öfter lautete der Befehl: »Keine Gefangenen« – die wurden systematisch umgebracht. Gerade auf den Feldzügen in den Osten wurden Zivilisten systematisch abgeschlachtet, um »Lebensraum für die arische Rasse« zu schaffen. Beim Massenmord an den Juden war die Wehrmacht aktiv beteiligt. Als sie sich aus Rußland

zurückzog, wandte sie die »Taktik der verbrannten Erde« an; sie plünderte, mordete, brandschatzte und hinterließ nur Schutt und Asche. Die Wehrmacht war der verlängerte Arm des Nazi-Regimes, eine kriminelle Vereinigung, die keine Skrupel kannte.

Wenn dann heute ein paar Nazis vor die Kameras ziehen, um zu sagen: »Ich will nicht, daß mein Großvater als Verbrecher bezeichnet wird«, dann spottet das wirklich jeder Beschreibung. In Bonn versammelten sich dann tatsächlich über 1.000 Nazis, um unter dem Motto »Wo Recht zu Unrecht wird, wird der Widerstand zur Pflicht« gegen die Ausstellung zu demonstrieren, weil sie die Wahrheit sagte. Die Wehrmacht war kein Heldenverein, sondern eine Mördermaschine.

Aber das Thema war ihnen eigentlich egal. Das zeigten ihre Parolen, wie etwa: »Wir marschieren für den nationalen Widerstand«. Sie wollen die Straße, auf der sie Andersdenkende einschüchtern wollen. Zu diesem Zweck ließ die NPD ihre Anhänger massenweise aus dem Osten ankarren. Mit Schlagstöcken und Hitlergrüßen zogen sie durch Bonn.

Alle Tatbestände waren erfüllt: Volksverhetzung, Verfassungsfeindlichkeit und nationalsozialistische Betätigungen. Die Polizei hätte die Nazis vom Fleck weg verhaften müssen.

# Deutsche Polizisten prügeln für die Nazis

Aber was tat sie? Sie kesselte die 500 Gegendemonstranten ein, die völlig friedlich gegen den Nazi-Aufmarsch demonstriert hatten. Diese hielten sich auf einer Kreuzung auf, die auf der Route der faschistischen Demonstration lag. Die Polizei prügelte mit ihren Schlagstöcken auf die Linken ein, bis die der enormen Übermacht nicht mehr standhalten konnten. Die „Freunde und Helfer“ hinterließen einige Verwundete mit inneren Verletzungen und blutenden Köpfen, die ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Der Rest der friedlichen Demonstranten wurde festgesetzt und sollte wegen Landfriedensbruch angezeigt werden.

Wenn es in der BRD so etwas gibt, wie Meinungsfreiheit und Versammlungsrecht, dann in allererster Linie für die Nazis. Die Polizei hat den Weg für die Mörder und Henker von morgen freigeprügelt. Wenn hier einer Landfriedensbruch begangen hat, dann sie.

Und dieses Vorgehen war nicht die Willkür eines besonders brutalen Polizeichefs, von dem man vielleicht mutmaßen könnte, er sei Nazi-Sympathisant. Nein, dieses Vorgehen hat System. Denn Polizeiführer, die andere Entscheidungen treffen, bekommen ernsthafte Probleme in diesem Staat. Der Beweis dafür wurde sechs Jahre zuvor erbracht.

Bereits 1992 war es am selben Ort zur

selben Situation gekommen. Damals wollte die Nazi-Organisation FAP mit ihren braunen Hetzparolen durch die Straßen ziehen. Heute ist sie verboten, hat es aber geschafft, die Jugendorganisation der legalen NPD zu übernehmen.

Schon damals gingen die Polizisten gegen die linken Gegendemonstranten vor. Aber weil das Anzünden eines Asylbewerberheims in Rostock und die Brandmorde von Solingen noch in frischer Erinnerung waren und die Nazis immerhin durch die deutsche Hauptstadt ziehen wollten, schaute die Weltöffentlichkeit argwöhnisch auf das Geschehen.

Die Polizei konnte den Nazis also nicht einfach den Weg freiprügeln, dazu hatten die deutschen Bosse viel zuviel Angst, daß sich ihre Exportbilanzen verschlechtern. Als der damalige SPD-Polizeipräsident von Bonn erkannte, daß er die Gegendemonstranten nicht nur durch Einschüchterungen von der Straße bekam, verbot er die Demonstration der Nazis. Dafür wurde er später entlassen.

Aber warum läßt der bürgerliche Staat den Nazis die Straße freiräumen? Wozu braucht er sie?

Die Antwort lautet: Er braucht die Nazis als Reserve-Armee gegen die Arbeiter.

Auch wenn unsere Demokratie nur sehr begrenzt ist – auch wenn der Großteil des Staates unabhängig von



Wählerentscheidungen und nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam funktioniert, wie etwa bei der Polizei –, so stellt sie manchmal doch einen Risikofaktor für das Kapital dar.

Das Parlament hat nur wenig Machtbefugnisse. Die eigentlichen Entscheidungen werden in allererster Linie von Unternehmerverbänden und Wirtschaftskapitänen gefällt. Und hier, in der Wirtschaft, können die Arbeiter sich durch Streiks zur Wehr setzen. Gegen die herrschende Politik können die Menschen auf die Straße gehen. Und in Betrieben und auf Straßen kann das Parlament nichts erreichen. Und auch die Polizei kann nicht immer so brutal vorgehen, wie bürgerliche Politiker sich das wohl wünschen.

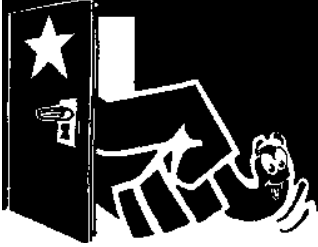
Aber die Faschisten, die können ihren Terror auf der Straße ausüben. Deshalb hält sich das Kapital, deshalb hält sich sein Staat die Stiefelnazis warm, läßt sie Flüchtlingswohnheime anzünden, wenn es ihm in den Kram paßt, und läßt sie die Menschen einschüchtern, die ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen wollen.

**Keine Meinungsfreiheit, kein Demonstrationsrecht für die Mörder und Henker von morgen!  
Nazis raus!**

## Aufkleber



- Verschönern jedes Nazi-Geschmier
- Preis 5 DM (100 Stück) von der Redaktionsadresse



# Marxismus für Einsteiger

## Wie wollen wir den Sozialismus erreichen?

★ NORBERT NELTE

**Ein weitverbreitetes Vorurteil über den Marxismus betrifft seine Methode, wie er zu einer klassenlosen Gesellschaft gelangen wird.**

Man glaubt, wir Marxisten hätten ein schönes Bild über eine „gerechte“ Gesellschaft vor Augen und würden nun versuchen, alle Welt von dieser Welt zu überzeugen, und nachdem eine große Mehrheit davon überzeugt sei, mit den Massen dafür kämpfen.

Dies wäre eine idealistische Methode. Der Marxismus geht aber materialistisch vor.

Idealismus würde bedeuten, daß man alle Menschen von einer Idee überzeugen müßte. Nun sind aber die Menschen heute vom Kapitalismus geprägt, vom Geld, der Konkurrenz, der Armut usw. Demnach gibt es viele verschiedene Vorstellungen und es käme zu keiner Einigung.

Die einen wollen eine Welt voller Haschisch, die anderen eine Welt voller Hochhäuser. Die einen eine Welt voller Wohngemeinschaften, die anderen voller abgeschlossener Zweier-Ehen, die einen wollen nur Schafzucht, die anderen nur Siemens, Krupp und Atomkraftwerke.

Das Ergebnis ist, wir bräuchten für jede Idee eine andere Partei, die Arbeiterklasse wäre gespalten. Jede Partei würde die anderen Ideen nicht zulassen, müßte also sektiererisch sein.

Auch wenn man sich als Idealist nur auf die Arbeiterklasse beschränkt, käme das gleiche Bild heraus. Weil sie ja die unterdrückte Klasse ist, würde man mit seinen Überzeugungsversuchen bei ihr ankommen. So ist die landläufige Meinung. Die Idealisten erhoffen sich, daß wir sie zutexten können, um sie so zu überzeugen.

Das hieße dann, daß man schon heute die Arbeiter belatschern könnte, egal, ob

in kämpferischen Zeiten oder in Zeiten der Ruhe des Klassenkampfes.

Was heißt aber Ansprechen der Arbeiter auch in Zeiten des Stillstandes der Klassenkämpfe?

Innerhalb der Arbeiter gibt es viele Ideen, auch sie sind vom Kapitalismus geprägt. Die einen sind im Karnevalsverein oder im Verein der Katholiken und sie wollen jeweils etwas ganz anderes als die Mitglieder von Borussia Dortmund oder einer Schwulengruppe.

Nein, auch unter den Arbeitern kämen wir mit Idealismus nicht weit.

Wir Marxisten sehen die Destruktionen verursacht durch die Produktion und deren Verhältnisse, nicht durch „böse“ Menschen. Wenn wir eine gerechte Welt wollen, brauchen wir auch eine gerechte Produktion – nicht eine, die von der Konkurrenz bestimmt ist, sondern eine, die nach einem weltweiten solidarischen Plan für die Bedürfnisse aller Menschen auf der Welt vorgeht.

Und das entspricht genau dem objektiven Interesse des Arbeiters. Einmal muß er unter dem Konkurrenzprinzip leiden. Wenn die Bänder schneller gestellt werden, weil dies die Konkurrenz weltweit erfordert, muß der Arbeiter die Hetze ertragen.

Zum anderen aber wird er, sobald er selber über die Produktionsweise entscheidet, gar nicht auf die absurde Idee kommen, in Konkurrenz zu produzieren.

Diese Absurdität kann man sich so verdeutlichen, indem man sich einmal eine Gemeinschaftsküche in einer Wohngemeinschaft vorstellt. Beim Abwaschen käme niemand auf die verrückte Idee, sich darüber zu beschweren, daß ihm jemand seinen Arbeitsplatz wegnimmt, daß der andere zuviel Teller abwäscht. Das normale Verhalten ist doch dann eher umgekehrt. Man freut sich darüber, daß der

andere schon so viele Teller abgewaschen hat und man selber noch Zeit für eine Tasse Kaffee hat und einen gemütlichen Plausch.

So wird es auch sein, wenn wir gemeinsam nicht nur in der Küche produzieren, sondern in der gesamten Wirtschaft. Nicht so im Kapitalismus. Hier laufen manche rum und plärren, die Ausländer würden ihm die Arbeit wegnehmen.

Also, wenn die Arbeiter selber entscheiden, werden sie nicht mehr in Konkurrenz produzieren, sondern das herstellen, was sie selber brauchen, also nach der Vernunft und dem Bedarf aller Arbeiter in der Welt – für sofort und auf Vorrat – nicht mehr, wie das Kapital, nach Profit.

Wir gehen also davon aus, daß die Arbeiter aus ihrem objektiven Interesse heraus eine solidarische Welt schaffen werden. Eine Welt ohne Kriege, ohne Geld, ohne Hetze, ohne Neid, ohne Umweltverschmutzung, Rassismus und Frauenunterdrückung, eine liebevolle Welt voller Solidarität und Zusammenhalt.

Aus diesem Grund unterstützen wir alle Arbeiterkämpfe, die ihrem objektiven Interesse dienen. Dadurch werden sie sich selber befreien können und zu unseren Vorstellungen gelangen, auch, wenn sie jetzt etwas ganz anderes denken.

Arbeiter nehmen sozialistische Ideen nicht durch Predigten an, wie die Idealisten meinen. Durch ihr eigenes Handeln, durch den Klassenkampf kommen sie von selbst dorthin. Sie brauchen niemanden, der sich zum Lehrer aufspielt, sie emanzipieren sich selbst.

Am Anfang des Kampfes glauben sie vielleicht nur an den Zar, wie in Rußland, am Ende werden sie aber selber über die Arbeiterräte die Macht ergreifen und die Lohnunterschiede abschaffen.

Deshalb haben wir Marxisten z.B. 1980 Solidarnosc in Polen unterstützt, obwohl

doch alle Arbeiter in ihr an den Papst glaubten.

Sektierer wie die „Spartakist“-Gruppe haben uns dafür kritisiert. Sie unterstützen nur Arbeiterorganisationen, die so blitzsauber dogmatisch denken wie sie selber. Die spannende Frage dabei bleibt nur, wie kommen die Arbeiter dahin?

Selbst wenn Arbeiter Organisationen aufbauen, mit denen sie anfangen die Aufgaben des Staates zu übernehmen und ihn so in Frage zu stellen, so fangen die Arbeiterräte immer nur mit kleinen Aufgaben an, z.B die Mieten oder die Kapitalflucht zu kontrollieren. Erst später würden sie zu der Machtfrage kommen. Die bordigistische Partei in Italien 1921 hat aber die Arbeiterräte nicht unterstützt, weil diese noch nicht die Weltrevolution auf ihre Fahnen geschrieben hat.

So haben auch die persischen Stalinisten die Arbeiterräte 1979 wegen ihres »niedrigen Bewußtseinsstandes« nicht als zukünftiges Arbeiterparlament unterstützt. Angeblich hätten sie nur ökonomische Forderungen aufgestellt.

Wir sehen hier auch, daß die meisten selbsternannten „Marxisten“ im Grunde genommen Idealisten sind und den Materialismus überhaupt nicht verstehen.

Diese Art des Idealismus ist auch nichts anderes als eine Diktatur der heutigen Vergangenheit über die zukünftige Gegenwart.

Soll eine sozialistische Gesellschaft sich ihre Prinzipien von einer kleinen Gruppe diktieren lassen; soll eine zukünftige Gesellschaft nicht über sich selber bestimmen dürfen, sondern Ideen und Regeln aus der Vergangenheit befolgen müssen, oder was? Das kann ganz bestimmt keine emanzipierte Gesellschaft, sondern nur das Bild einer häßlichen „schönen neuen Welt“ sein. Hier herrscht der große Kontrolleur der Gedanken und aller Schriften, der seine Direktiven aus einer toten Vergangenheit erhält. Oder wozu sollten sonst die schönen Ideale unserer Volontaristen taugen, wenn die zukünftige sozialistische Gesellschaft sich gar nicht daran hielte? Doch nur für den großen Diktator – ohne ihn geht gar kein Idealismus.

Wir Marxisten dagegen unterstützen die Arbeiter in ihren Kämpfen, auch wenn sie noch an den Papst oder den Zar glauben, auch, wenn sie noch die Afrikaner für faul und sogar den Besitz an Produktionsmitteln einiger weniger für richtig halten.

In den Kämpfen werden sie dann alle

ihre lang erlernten Vorstellungen über Nacht in Frage stellen und nach neuen Antworten suchen. Sie werden nicht in kleinen Kämpfen, die nur kurz dauern – was die Regel ist – ihre objektiven Interessen entdecken und die richtigen Antworten finden.

Dann werden die früher zu Bewußtsein gekommenen Arbeiter, organisiert in der revolutionären Arbeiterpartei, vonnöten sein, um in der Schnelle den neu erwachten Kollegen die früheren Erfahrungen und das Studium der Arbeiterbewegung und

die Schlüsse daraus erklären zu können.

Wir Marxisten haben zwar unsere Vorstellungen vom Sozialismus und versuchen auch, die Arbeiter dafür zu gewinnen. Wir würden aber nicht diese Vorstellungen als Bedingungen für die Unterstützung der Arbeiterkämpfe machen. Wir sehen, daß durch die Selbstbefreiung der Arbeitermassen sie zu einer solidarischen klassenlosen Gesellschaft kommen werden müssen, da haben wir ein großes Vertrauen in die Arbeiter und ihre Dynamik. ★

# Die Karawane zieht weiter

★ HOLGER LAATSCH

**Im Januar dieses Jahres sollten in Nordrhein-Westfalen kurdische Flüchtlinge in das Folterland Türkei abgeschoben werden, wo die meisten der sichere Tod erwartet. Diese Flüchtlinge suchten deshalb Schutz bei verschiedenen Kirchen.**

Unter dem Name „Kein Mensch ist illegal“, zogen ca. 40 Flüchtlinge als Karawane von einer Kirche zur anderen und es wurden zahlreiche Demonstrationen in ganz Deutschland unter dem gleichnamigen Begriff „Karawane“ mit Teilnehmerzahlen zwischen 60 bis 1.000 durchgeführt, im Durchschnitt ca. 300.

In vielen Städten fanden die Flüchtlinge in der Öffentlichkeit nur wenig Resonanz für ihre Lage. In Städten wie Berlin, in der die Restlinke noch stärker vertreten ist und die Demos der Linken auf der Tagesordnung stehen, fand die größte Demo mit 1.000 Leuten statt. In den Städten, in denen die Linke so gut wie gar nicht vertreten ist, war die Beteiligung nur sehr gering.

Angesichts der Passivität der Linken sind die Teilnehmerzahlen jedoch als ein Erfolg zu werten.

Welche Perspektive haben die Flüchtlinge?

Vor der Bundestagswahl sind in Rheinland-Pfalz kurdische Flüchtlinge aus einem Gemeindehaus rausgeholt und abgeschoben worden.

Die SPD in Bonn wird sich jetzt nach der Bundestagswahl nicht anders verhalten. Sie selbst hatte 1992 der Verschärfung der Asylgesetze zugestimmt.

Im jüngsten Koalitionsvertrag wurde vereinbart, daß nur Flüchtlingen, die von religiösen Fanatikern mit dem Tode bedroht werden, auch Asyl zu gewähren ist. Sonst soll sich an der Asylpraxis nichts ändern. Also werden von Rot-Grün im gleichen Maß wie bisher Flüchtlinge in den Tod geschickt. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, daß die kurdischen Flüchtlinge verhaftet und abgeschoben werden.

Ein kurdischer Jugendlicher wurde zwar als Asylberechtigter anerkannt. Das heißt aber nicht, daß wir die Hoffnung haben könnten, daß in dieser politischen Konstellation und mit diesen außerbetrieblichen Mitteln alle 40 anerkannt werden. Da reichen keine Apelle an die Grünen, die jetzt in der Regierung sitzen und selbst brutal abschieben müssen. Da müssen schon härtere Geschütze aufgeföhren werden.

Die Arbeiter haben den einzigen Schlüssel für die notwendigen Mittel. Der DGB muß seine internationale Solidarität zeigen und sich massiv für die Flüchtlinge einsetzen. Er kann die Betriebsgruppen auffordern, sich mit den Flüchtlingen zu solidarisieren. Dann werden sie eine gute Chance haben, der Folter zu entkommen.

Der Unterstützerkreis könnte aber heute schon nicht nur Kirchengruppen aufsuchen und zur Solidarität auffordern, sondern auch Betriebsgruppen, Vertrauenskörper, Betriebsräte.

Mit dieser Taktik kämen die kurdischen Arbeiterflüchtlinge ihrer Hoffnung auf ein Leben in Frieden in der Tat einen guten Schritt näher. ★

# Ist das

**Die SPD hat die Bundestagswahlen vom September gewonnen. Damit sind 16 Jahre Kohl vorbei – endlich. Doch was wird uns ein Kanzler Schröder bringen?**

★ CARSTEN SCHMIDT

**Vor dem 27. September hatten viele schon nicht mehr daran geglaubt, daß Kohl doch seinen Hut nehmen muß. Aber nun ist der Wechsel da; Schröder ist Kanzler; die SPD bildet zusammen mit den Grünen die Regierung.**

Was dürfen wir nun erwarten von der ersten rot-grünen Regierung Deutschlands? Vor den Wahlen hatte Schröder versprochen, er werde als Kanzler die Arbeitslosigkeit zurückdrängen und mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen.

Nun ist er Kanzler. Und die Wahl, die ihn dazu gemacht hat, stellt in der Geschichte der Bundesrepublik etwas völlig neues dar.

Alle Regierungswechsel in der BRD vor 1998 wurden durch Klüngeleien der bürgerlichen Politiker und durch die Macht des großen Geldes inszeniert. Nun vollzog sich zum ersten Mal seit Bestehen dieses Landes ein Regierungswechsel, der durch eine Wahl zustande gekommen ist. Man kann sich darüber freuen. Man kann sich aber auch fragen, was ist das für eine Demokratie, in der die Macht, die doch laut Grundgesetz »vom Volke ausgeht«, sich nur ein einziges Mal in 50 Jahren, am 27. September 1998, tatsächlich bemerkbar gemacht hat?

## Das schwere Erbe

Ehe Kohl vor 16 Jahren an die Macht gekommen ist, regierte unter Kanzler Helmut Schmidt ein Regierungsbündnis von SPD und FDP. Die Basis der Sozialdemokraten wurde allerdings immer unzufriedener mit der rechten Politik ihrer Regierung, die geprägt war von militärischen Abenteuern (NATO-Doppelbeschluss) und sozialen Kürzungen. Egal,

ob die gemachten Wahlversprechen eingefordert wurden, egal, ob Parteitage eine andere Politik beschlossen – die SPD-Regierung stellte sich taub und betrieb die Politik des großen Geldes.

Damit es nicht zum offenen Bruch mit der Wähler- und Parteibasis – und damit vielleicht zu einer außerparlamentarischen Opposition – kam, wollte das Kapital, daß die FDP sich von der SPD lossagt, um mit der CDU zu koalieren. Dieses neue Bündnis hätte die notwendige Mehrheit für eine konservative Regierung gehabt.

Die Industrie stellte ihre Schmiergeld-Zahlungen an die FDP ein und zwang sie so, sich mit der Union von CDU/CSU zusammenzutun. Nach einem „konstruktiven“ Mißtrauensvotum gegen Schmidt wurde Kohl dann Kanzler.

Er konnte ganz unverblümt die Politik betreiben, die die deutschen Bosse einforderten – eine härtere Gangart gegen die Gewerkschaften, die Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und einen konsequenteren Abbau der sozialen Leistungen.

Kohl stellte die Angelegenheit damals natürlich völlig anders dar. Nach dem gelungenen Parlaments-Putsch sprach er von einer »geistig-moralischen Wende«

und verkündete am 13. Oktober 1982 in seiner Regierungserklärung:

»Diese neue Regierung ist notwendig geworden, weil sich die alte, die bisherige Regierung als unfähig erwies, gemeinsam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Netz sozialer Sicherheit zu gewährleisten und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Diese Koalition der Mitte wird unser Land aus der Krise führen.«

Soviel zu den erklärten Zielen. Doch die Bilanz nach 16 Jahren Kohl-Regierung sieht eher so aus, als habe er das Land erst richtig in die Krise geführt. Jedenfalls hinterlassen die Konservativen der neuen Regierung eine schwere Erbschaft, wenn sie ihre Versprechen wahr machen will.

Die Arbeitslosigkeit hat Kohl jedenfalls nicht sehr erfolgreich bekämpft. Als er sein Amt 1982 antrat, waren zwei Millionen Menschen arbeitslos. Im Winter 1997/98 waren fast fünf Millionen Menschen als arbeitslos registriert; die tatsächliche Zahl wird auf sechs Millionen geschätzt.

Das soziale Netz, das CDU/CSU zu »gewährleisten« versprochen, zerstörten sie immer mehr. Alle staatlichen Leistungen sind im Zeitraum von 1982 bis heute radikal beschnitten worden. Aber merkwürdigerweise sollten die Arbeiter immer mehr bezahlen. Die Steuern und Sozialabgaben auf Löhne stiegen von 1980 bis 1995 von 35% auf 47%, während die Steuern auf Gewinne und Vermögen im selben Zeitraum von 37% auf 23% gedrückt wurden. Und dabei ist es schon lange kein Geheimnis mehr, daß die wirklich großen Konzerne überhaupt keine Steuern bezahlen, wenn man berücksichtigt, was sie an staatlichen Subventionen einstreichen.

Wofür stand also Kanzler Kohl? Die »geistig-moralische Wende«, die er vor 16 Jahren eingeleitet hatte, stand im



# die Wende?

Geist der Unmoral; die einzige Moral, der Kohl sich verpflichtet gefühlt hatte, war: Nimm es den Armen und gib es den Reichen.

Deshalb können wir uns auch nicht einverstanden erklären mit führenden CDU-Mitgliedern, die es »menschenverachtend« fanden, daß am 19. September in Frankfurt am Main 30.000 protestierende Jugendliche auf einem Anti-Kohl-Festival eine Puppe, die den Kanzler darstellte, in den Main warfen. Wir hätten lieber Helmut Kohl selber hineingeworfen.

## Was geht ab, Schröder?

Was bringt uns nun ein Gerhard Schröder, wenn man ihn nicht an seinen Versprechen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, sondern an seinen konkreten Vorhaben mißt?

Die erste Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten.

Schon zwei Wochen nach der Wahl machten die Finanz-Fachleute der SPD eine Entdeckung. Und zwar stießen sie im alten Haushaltsentwurf von Finanzminister Waigel (CSU) auf Löcher von 20 Milliarden DM; das sagten sie zumindest. Prompt erklärte der SPD-Arbeitsminister Walter Riester, die »überraschend aufgetretenen Probleme engen den finanziellen Reformspielraum ein.« (Frankfurter Rundschau, 8.10.)

Wenn der Haushaltsplan von CDU/CSU – mit Milliardenlöchern – nicht mal für die Raubbau-Politik der Union ausgereicht hätte, wird die SPD-Politik dann noch schlimmer? Zumindest, wenn man den Aussagen der Sozialdemokraten eine gewisse Logik unterstellt, müßte es so sein. Fazit: Kein Geld, keine Reformen.

## Die Steuer-„Reform“

Bei der angekündigten rot-grünen Steuerpolitik scheint sich der Großteil der bürgerlichen Medien einig zu sein.

Als ob sie den Teufel in Person vor sich hätten, hetzen sie gegen die künftige Regierung, weil sie dem mittelständischen Kapital höhere Vermögenssteuern aufbürden will – deren Anstieg sich übrigens im Rahmen von 1–2% bewegen soll. Allerdings wird der Spitzen-Steuersatz herabgesetzt, wodurch sich diese Maßnahme wieder ausgleicht.

Trotzdem spricht der Arbeitgeberpräsident Hundt von einer Bürde, die ein »Bündnis gegen Arbeit« darstelle. Der deutsche Mittelstand werde ausgenommen und vergraut. Und momentan wird überall verkündet, daß er es doch sei, der den deutschen Staat finanziert.

Das ist allerdings nichts als Humbug. Wir leben nicht im Körperschaftssteuer-Staat, sondern im Lohnsteuer-Staat. Und wenn hier einer den Staat finanziert, dann die, gegen die er sich richtet – wir, die Arbeiter. Während die Körperschaftssteuer 1950 einen Anteil von 27% am Gesamtsteueraufkommen hatte, sind es 1995 nur noch 6%. Die veranlagte Einkommenssteuer sank im selben Zeitraum von 39 auf 4%. Nur die Lohnsteuer, die stieg von 34 auf 90%! (Zahlen nach *IGMetall direkt*. Sie weichen nur geringfügig von denen der Deutschen Bundesbank ab, die sie für 1996 wie folgt angibt: 10,2%; 4,1%; 85,7%.)

Allerdings wird die SPD diese Verdreifachung des Lohnsteueranteils nicht wieder verringern und so auch nicht für etwas mehr Gerechtigkeit sorgen.

Die von der SPD angekündigte Steuerreform, die die kleinen und mittleren Einkommen entlasten sollte, wurde auf ungewisse Zeit (oder auf den St.-Nimmerleins-Tag?) verschoben. Im Moment gibt es eine Steuerreform nur für die Top-Verdiener und das große Kapital. Bis zum Jahr 2002 will die rot-grüne Regierung den Spitzensteuersatz von 53 auf 48,5% gedrückt haben. Der Höchststeuersatz auf gewerbliche Einkommen soll sogar von heute 47% auf 43% im Jahr 2000 gesenkt werden. Und die Körperschaftssteuer wird schon im näch-

sten Jahr von 45% auf 40% gesenkt.

Auch die sogenannte Öko-Steuer wird dem Kapital nichts anhaben. Gas, Elektrizität und Treibstoff werden nur für die Endverbraucher – also hauptsächlich die Arbeiter – teurer. Die wirklichen Umweltverschmutzer im großen Stil werden verschont:

»Die Industrie soll von einer neuen Stromsteuer ausgenommen werden«, so die Vize-Chefin der SPD-Fraktion, Anke Fuchs, am 13. Oktober (*Neue Ruhr-Zeitung*, 14.10.98).

## Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Vielleicht wären einige der SPD-Wähler bereit, diese ganzen Betrügereien hinzunehmen und sich wie eine Weihnachtsgans ausnehmen zu lassen, wenn diese Machenschaften neue Arbeitsplätze bringen würden.

Allerdings hat die drastische Zunahme der Massenarbeitslosigkeit nur sehr wenig mit der Politik dieser oder jener Regierung zu tun. Das Problem ist wirtschaftlicher Natur. Im Kapitalismus rationalisieren die einzelnen Unternehmen. Sie ersetzen ihre Arbeiter in zunehmendem Maße durch immer modernere Maschinen und sind so in der Lage, billiger zu produzieren. Wollen die Konkurrenten nicht auf der Strecke bleiben, müssen auch sie rationalisieren und damit Arbeiter entlassen.

Und je mehr Arbeiter entlassen werden, desto niedriger wird die Kaufkraft. Einem Wirtschaftswachstum wird auf diese Weise immer mehr die Grundlage entzogen. Deshalb beißt sich der Hund selbst in den Schwanz, wenn von den bürgerlichen Politikern immer wieder ein ökonomischer Aufschwung als Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit gepriesen wird.

In den 70er und 80er Jahren reichte noch ein Wirtschaftswachstum von 2,3% aus, um den Abbau von Arbeitsplätzen zu stoppen. Ende der 90er Jahre ist dafür eine Wachstumsrate von über 2,8 bis 3%

erforderlich. 1997 ist das Brutto-Inlandsprodukt gegenüber des Vorjahres allerdings nur um 2,2% gestiegen und wurde vom Abbau weiterer 100.000 Stellen begleitet.

Das Wirtschaftswachstum von 1997 hätte also nicht einmal in den 70er oder 80er Jahren dazu ausgereicht, die Arbeitslosigkeit am Wachsen auch nur zu hindern, geschweige denn, sie zu bekämpfen. Und die weltweit um sich greifenden Crashes und Krisen verheißend – exportorientierten – bundesdeutschen Wirtschaft nicht gerade eine Verbesserung ihrer Lage.

So kann die Politik nicht wirklich gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen, solange sie sich der Konkurrenzlogik unterwirft. Aber von der SPD wird wohl niemand ernsthaft erwarten, sie trete ein für eine Produktion, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und habe sich auf ihre Fahnen die Enteignung des Kapitals und die sozialistische Revolution geschrieben.

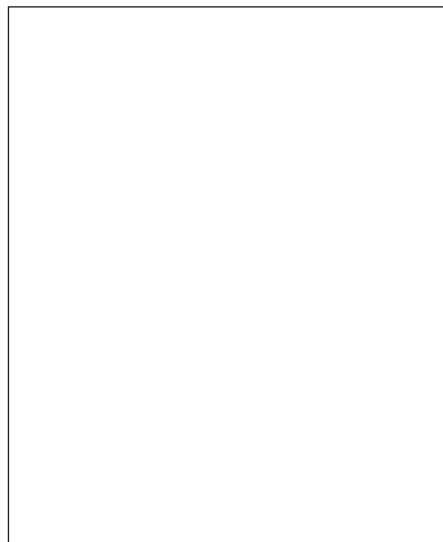
Und genau deshalb kann auch ein Gerhard Schröder heute nicht mehr sein als ein Krisenverwalter, der die Kosten für das Desaster – mal mehr, mal weniger – auf die Arbeiter abwälzt.

### Der Wechsel – ein »Klassenbeben«?

Nur die Arbeiter selbst haben die Macht, dem Kapital die Stirn zu bieten. Mit einem Streik haben sie das Mittel, mit dem sie es wirklich unter Druck setzen können, weil sie mit ihm seine Profite bedrohen.

Nun kann sich aber kein Arbeiter allein in das Büro seines Vorgesetzten trauen und sagen: „Entweder gibt es mehr Geld, oder ich streike.“ Wegen Arbeitsverweigerung würde er sofort auf die Straße befördert werden. Jeder einzelne Arbeiter ist darauf angewiesen, daß der Großteil seiner Kollegen mitzieht. Die Stimmung muß auf Solidarität und Widerstandsbereitschaft stehen.

In letzter Zeit war es allerdings eher Resignation, die die Stimmung der Kollegen hierzulande ausgezeichnet hat. Mit der Wahl scheint sich das ein wenig geändert zu haben. Die Mehrheit der Kollegen will, daß sich etwas ändert. Deshalb haben sie die Partei gewählt, aus denen ihre Betriebsräte mehrheitlich stammen. Wenn der Wechsel also zu etwas gut war, dann dazu, daß wir an ihm einen Stimmungsumschwung in der deut-



Hier kommt etwas Sarkastisches

schon Arbeiterklasse ablesen können.

Und tatsächlich, in der Tarifrunde vom Oktober forderte der IG-Metall-Chef Klaus Zwickel 6,5% Lohnerhöhung. Der *BILD*-Zeitung vertraute er an, die Basis in den Betrieben habe vielerorts sogar 12% verlangt. Allmählich scheint sich also die Starre der Arbeiter aus Angst vor Entlassung in die Arbeitslosigkeit zu lösen. Ihre Forderungen sind so radikal, daß sie ihren Gewerkschaftsbürokraten Beine machen.

Die Bosse waren davon nicht weiter überrascht. Immerhin sind die Netto-Einkommen der Arbeiter in den letzten fünf Jahren um fast sieben Prozent geschrumpft, während die Gewinne in der Metall-Industrie von einer auf 34 Milliarden DM in die Höhe geschneit sind – also um 3.400%! (Zahlen nach IGM.) So hatte Gesamtmetall-Präsident Stumpfe auch schon längst vier Prozent angeboten – wie es sich für einen Kapitalisten gehört, natürlich nicht allein für Lohnerhöhungen, sondern für eine »differenzierte Tarifpolitik«, wie er das Manöver nannte, mit dem er das Geld dann wieder in den Taschen der Metall-Bosse verschwinden lassen wollte. Wenn er also auch die Arbeiter wieder über den Tisch ziehen wollte, hatte er doch immerhin Angst, auf Gegenwehr zu stoßen, wenn er ihnen nicht wenigstens ein paar Krümel vom Kuchen abgibt.

Traurig an der ganzen Geschichte ist nur, daß die Gewerkschafts-Bürokraten sich mit ihren 6,5% an den Kapitalisten orientiert haben, die ja schon von selbst 4% angeboten hatten, und nicht an den Forderungen der Kollegen nach 12%.

Und auch etwas anderes dürfen wir nicht vergessen. Ein Stimmungsum-

schwung ist noch lange kein Wiederaufleben der Bewegung. Selbst wenn hier Anzeichen von Radikalität aufgeflackert sind, haben die Arbeiter seit Beginn der 80er Jahre eine lange Durststrecke hinter sich gebracht, vor der wir noch nicht wissen, wann sich ihr Ende abzeichnen wird.

Tony Cliff, ein britischer Marxist, hat einmal geschrieben, daß die Arbeiterbewegung sich von einer langen Zeit des Niedergangs nicht auf einen Schlag erholt:

*»Nach einer langen Krankheitsperiode der Bewegung wird man so schnell nicht gesund. Wenn man sechs Monate lang krank das Bett gehütet hat, steht man nicht einfach auf und läuft einen Marathon. Man steht auf, geht etwas herum und kehrt nach einer halben Stunde ins Bett zurück. Aufzustehen ist äußerst wichtig, aber auch die Phasen der Rückfälle sind nicht zu vermeiden.«* (*Linke Opposition*, Nr. 10, Mai 1995, S. 33.)

Und ob die Arbeiter im gegenwärtigen Deutschland schon aufstehen können wird sich erst noch zeigen. Jedenfalls werden sie erst einmal etwas wackelig auf den Beinen sein.

In Frankreich haben die Enttäuschungen über die Politik der damals frisch gewählten sozialdemokratischen Regierung Jospin zwar die Proteste der Arbeiter verstärkt. Dahinter steckt aber kein Automatismus. Nur weil Schröders Wahlversprechen wie Seifenblasen platzen, kommt es deshalb nicht unweigerlich zu einem radikalen Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung.

Bisher sprachen die Zahlen eine andere Sprache: 1996 waren nur 75,42% der Gewerkschafter von 1991 noch Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Vor einem Jahr waren noch 8,9 Millionen Kollegen Mitglied, und ihre Zahl sank weiter. Erst wenn sich dieser Trend umkehrt, können wir von einer Umschwung reden, der in der Arbeiterbewegung stattgefunden hat.

Hier liegen all unsere Hoffnungen und Perspektiven – und nicht bei irgendwelchen Parteibürokraten, die uns einen Wechsel versprechen und plötzlich Kanzler werden. ★

★ Mit dem geplanten Atom-Ausstieg der rot-grünen Regierung beschäftigen wir uns in der nächsten Ausgabe des *Klassenkampfes*.



# Die verlorene Revolution

★ BRITTA REGENITER

**Diesen November jährt sich die deutsche Novemberrevolution. Sie entstand, wie wir sehen werden, als Folge des ersten Weltkrieges.**

Der 1. Weltkrieg entstand, wie jeder Krieg im Kapitalismus, durch die imperialistischen Machtinteressen der Bourgeoisie. Das deutsche Kapital wollte seine Märkte und Rohstoffquellen erweitern, und das französische und britische sah seine Kolonien gefährdet, die es zu verteidigen galt. So wurden tausende von Soldaten in den Krieg und in den Tod geschickt, der für den Großteil der Bevölkerung – den Arbeitern – keinerlei objektiven Nutzen hatte. Die Kriegsstimmung war allerdings groß – kein Wunder in Anbetracht der Stimmungsmache der Herrschenden, außerdem versprachen sich auch viele Arbeiter durch den Krieg ein besseres oder verändertes Leben. Es gab nur wenige Stimmen gegen den Krieg, zumal die Partei der Arbeiter, die SPD, für die Kriegskredite stimmte. Wie kam es nun dazu, daß sich die Arbeiter und Soldaten wenige Jahre später gegen den Terror wehrten?

## Von Kriegsstimmung zur Revolution

Wann die Arbeiter für ihre Rechte kämpfen, kann niemand außer den Arbeitern selbst bestimmen. Es gab mehrere Faktoren, die die kämpferische Stimmung verursacht haben. Es herrschten Armut und Hunger im Land, weil alle Mittel für den Krieg eingesetzt wurden. Die Rechte, die sich die Arbeiter in 40

Jahren hatten erkämpfen müssen, wurden zurückgenommen, Streiks waren verboten. Die wirklichen Ziele des „Verteidigungskrieges“ und die Ungerechtigkeiten zwischen den Klassen traten offener zutage. Der spätere Vorsitzende der revolutionären Obleute, Richard Müller, beschrieb die Stimmung so:

*»Sobald die moderne Kriegsmaschine ihren Lauf begonnen und die Welt in ein Menschenschlachthaus verwandelt, sobald das Kriegsgeschäft der Kapitalisten zu blühen beginnt und die Not der Massen zum Himmel schreit, verschwindet der patriotische Klimbim und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft,«* und: *»Das Leben und Treiben der Offiziere an der Front, das Schlemmen und Prassen der Kriegsgewinnler in der Heimat, die Not der Familien und die Erkenntnisse der wahren Triebkräfte des Weltkrieges ... sorgten für eine gründliche Abkühlung der Stimmung und Begeisterung der ersten Kriegswochen.«*

Die ersten Demonstrationen wurden von Frauen für höhere Essensrationen angeführt. Bald gab es Diskussionen und Demos gegen den Krieg. Viele Soldaten erkannten die Heuchelei der Herrschenden und desertierten. Die russische Revolution war weltweit ein enormer Ansporn für die Arbeiterklasse. So kam es, daß auch im deutschen Reich die Verhältnisse auf den Kopf gestellt wurden.

## Die Revolution und ihr Untergang

Januar / Februar 1918: 4.000 – 5.000 Munitionsarbeiter treten in den Streik, der Kampffunke breitet sich aus. Viele

Generalstreiks werden eingeläutet. Die Streikleitung der Arbeiter wird zum Arbeiterrat umbenannt.

4. November: In Kiel rebellieren die Matrosen gegen ihre sinnlose Abschlachteterie im Kampf gegen die britische Flotte. Die Aufstände dehnen sich in Norddeutschland aus.

8. November: In allen deutschen Großstädten herrscht die Revolution. Arbeiter- und Soldatenräte werden gewählt. Später werden viele SPDler, bürgerliche Politiker, ja sogar Offiziere in die Räte gewählt, obwohl diese den Krieg mitvertreten hatten, doch dazu später näheres. Das Kaiser-Alexander-Regiment, daß die Revolution niederschlagen soll, schließt sich den Aufständen an.

9. November: In Berlin ist Revolution! Lastwagen mit Gewehren fahren an, und die Arbeiter und Soldaten bewaffnen sich, daraufhin besetzen sie alle öffentlichen Gebäude, bürgerliche Zeitungen, den Bahnhof, Post- und Telegraphenämter. Bis 10 Uhr abends sind alle Ministerien besetzt. Sie marschieren zum Landtagsgebäude, daß ihnen ohne jeden Widerstand übergeben wird. Sie bewachen die Eingänge. Soldaten verweigern die Befehle ihrer Offiziere und entwaffnen sie. Sie verbrüdern sich in der Stadt mit den streikenden Arbeitern. Gemeinsam befreien sie die politischen Gefangenen, darunter auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

**Sie fordern den Frieden, den 8-Stunden-Tag, Lohnerhöhungen, die Bestrafung der Kriegsverantwortlichen, die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Bildung der sozialistischen Republik.**



Karl Liebknecht

Der Kaiser flieht. Der rechte SPDler Friedrich Ebert wird vom Prinzen von Baden zum Kanzler ernannt und bildet mit anderen rechten-reformistischen SPD- und USPDlern den Rat der Volksbeauftragten (Vollzugsrat). Ebert,



Rosa Luxemburg

Scheidemann und Landsberg dienen unter anderen als hinterhältige Bewahrer des kapitalistischen Systems, eingehüllt in das rote Deckmäntelchen der SPD. Dieser neue Regierungsapparat wird von den Arbeitern, die auf die SPD vertrauen,

akzeptiert, so bleibt fast überall die Regierung des Kapitalismus erhalten. Die Arbeiter bilden einen Vollzugsausschuß, dessen Aufgabe es war, den parlamentarischen Vollzugsrat zu kontrollieren. Er sollte das revolutionäre Recht im bürgerlichen Vollzugsrat durchsetzen, welches von den Arbeitern und Soldaten bestimmt wird, der aber keine Macht über das Militär hat. Der Antrag, eine Rote Garde zur Verteidigung der Arbeitermacht zu bilden, wird vom Vollzugsrat abgelehnt. Trotz der Bewaffnung einiger tausend Arbeiter und Soldaten haben die Arbeiter keine organisierte militärische Macht.

10. November: Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte erklärt: „Wir sind jetzt die politische Macht.“

16. – 21. Dezember: Eine neue Staatsform wird diskutiert. Die Entscheidung darüber soll auf der verfassungsgebenden Nationalversammlung im Januar getroffen werden. Die Regierung, die Mehrheit

# Die Fehler der Linken damals und die

Die SPD ist niemals eine revolutionäre Partei gewesen. Vielfältige Beispiele beweisen das, von denen ich nur einige nennen will: die SPD stimmte für die Kriegskredite und machte auch patriotische Stimmung für den Krieg; sie arbeitete von Anfang an mit den Feinden des Klassenkampfes – bürgerlichen Politikern – zusammen; sie will den Sozialismus durch das Parlament, Reformen, das Gesetz im ach so friedlichen Kapitalismus erreichen; sie behindert und bekämpft Streiks auf indirektem Wege; sie hat die Arbeiter im Januar 1919 verraten und gemeuchelt, und vieles mehr. Trotzdem haben die meisten Arbeiter große Illusionen in die SPD – so auch damals, als sie über 1 Millionen Mitglieder zählte, in den SPD-Gewerkschaften über 2 Millionen, 90 Tageszeitungen veröffentlichte, Millionen von Mitgliedern in Freizeit-, Frauen- und Jugendorganisationen und tausende hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre hatte. Ihr Einfluß kommt also nicht von ungefähr. Die SPD hat von Anfang an dazu gedient, die Arbeiter in Schach zu halten, indem sie große Töne von Sozialismus gespuckt hat, ohne wirklich danach zu handeln. Das hat es für viele schwer gemacht, das wahre Gesicht von ihr zu erkennen. Der Grund

weshalb revolutionäre Linke, wie Rosa Luxemburg, nicht frühzeitig die SPD verlassen und eine revolutionäre Arbeiterpartei aufgebaut haben, war der, daß sie über die SPD den Kontakt zu den Massen halten wollte und hoffte, daß sich die SPD-Führung unter dem Einfluß der revolutionären Arbeiter verändern und selbst für die Revolution kämpfen würde. Doch das war eine Illusion und ein taktischer Fehler.

Die revolutionären Marxisten müssen eine von den Reformisten unabhängige Partei bilden, und zwar zu jedem Zeitpunkt, um die klaren revolutionären Ideen zu behalten, also nicht von reformistischen eingelullt zu werden, und um sich in der marxistischen Theorie, der Geschichte des Klassenkampfes zu schulen.

Die Partei dient als das Gedächtnis der Arbeiterklasse. Die frühzeitige Schulung von Marxisten in der revolutionären Partei ist überlebenswichtig für eine erfolgreiche Revolution. Für die Arbeiter ist es in einer Revolution zunächst leicht, die politische Macht zu übernehmen, wenn sie solidarisch kämpfen, doch wenn es dann später darum geht die politische Macht zu behalten, auszuüben und auszuweiten bis zur Diktatur des Proletariats, mangelt es den Arbeitern an taktischem, geschichtlichem,

politischem Wissen, da sich die meisten erst in den Kämpfen für Politik interessieren. An der Stelle muß die Partei der revolutionären Marxisten dazu fähig sein, den Arbeitern die Erfahrungen von früheren Klassenkämpfen weiterzugeben, damit sie die taktischen Fehler der Vergangenheit nicht noch mal begehen, damit sie die Tücken der Kapitalisten und ihrer Schergen den Reformisten durchschauen, damit sie richtig vorgehen, um die wirtschaftliche und politische Macht vollends zu übernehmen.

Die revolutionäre Partei muß sich offen von den Reformisten distanzieren und Schritt für Schritt die Arbeiter warnen und ihnen die Heuchelei der SPD usw. vorführen. Sie muß den revolutionären Arbeitern eine echte Alternative zu den Sozialdemokraten geben, eine Partei, die wirklich ihre Interessen vertritt.

**Rosa Luxemburg hätte mit den anderen Marxisten schon sehr viel früher eine eigene Partei aufbauen müssen.**

Als die Revolution da war, war die KPD mit 2.000 Mitgliedern nicht nur viel zu klein, zudem waren die Mitglieder viel zu ungeschult und unerfahren, um den Arbeitern eine erfolgreiche Taktik in die Hand zu geben.

Es gab viele Fehler, die die KPD nicht

der reformistischen SPD und USPDler, hoffen auf eine starke Zentralgewalt, die die Ordnung wiederherstellt, die Räte ablöst, und die kapitalistische Produktion wieder einführt. Im Geheimen sammelt die SPD-Regierung unter Führung Noskes und der Generalstab rechte Offiziere, um verlässliche Freikorps zu bilden, die die Macht der Arbeiter im Notfall blutig ertränken sollen.

31. Dezember: Erst jetzt sondern sich die revolutionären Leute von der USPD ab und gründen mit den unabhängigen Bremer Linksradiakalen die KPD.

Anfang Januar: Die SPD startet eine Verleumdungskampagne gegen den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (linkes USPD-Mitglied), der von den Räten ernannt wurde, und beschuldigt ihn, einen Bürgerkrieg vorzubereiten. Mit dieser Begründung wird Eichhorn seines Amtes enthoben. Dieser akzeptiert die Entlassung nicht, und will sich einem Urteil des Vollzugsrates unterwerfen, doch das

akzeptiert die Regierung nicht. Daraufhin schreien die Massen in Berlin auf und demonstrieren auf den Straßen, wollen den Umsturz der Regierung.

Dem Zentralkomitee der KPD ist klar, daß die Zeit für einen Umsturz noch nicht reif ist, da viele Arbeiter außerhalb Berlins und Ostdeutschland noch nicht für eine Arbeiterregierung reif sind – sie würden das noch nicht unterstützen, und Norddeutschland, isoliert vom Rest, könnte die Revolution kräftemäßig nicht allein vollenden. Zusammen mit der USPD ruft die KPD zu einer friedlichen Protestdemonstration auf, der sich Hunderttausende anschließen, doch die Stimmung kocht: Bahnhöfe und *Vorwärts*, das Zentralorgan der SPD, werden besetzt. Entgegen der Mehrheit des Zentralkomitees der KPD und zu ihrem Entsetzen rufen Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck zum Umsturz der Regierung auf. Sie erklären die provisorische Machtübernahme des revolu-

tionären Komitees. Anschließend bietet die KPD der für abgesetzt erklärten Regierung Verhandlungen über einen Waffenstillstand an. Das läßt die revolutionären Arbeiter mutlos und hilflos werden. Einige zuvor revolutionäre Truppenteile bleiben plötzlich neutral. Nun ist es leicht für die Regierung, die die verwirrte Situation voll ausnutzen kann. Sie mobilisiert unerfahrene Arbeiter zu Massenversammlungen gegen den „Putschversuch“ der KPD in Berlin – lenkt ihre Aufmerksamkeit somit weg von den Aufständen in Berlin – und ruft die republikanischen Teile zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung auf. Nun läßt sie die rechten Offiziere in Berlin einrücken, die Hunderte Arbeiter abschlachten, darunter auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, um so die „Ruhe und Ordnung“ des Kapitalismus wiederherstellen. Das war eine schwere Niederlage für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt. ★

# Konsequenzen für Sozialisten heute

aufzeigen konnte. Die Arbeiter und Soldaten hätten organisierte, bewaffnete Milizen bilden müssen, um ihre Macht gegen die Konterrevolution verteidigen zu können. Sie hätten sich alle wirtschaftlichen Betriebe und privates Grundeigentum aneignen müssen. Zu guter Letzt hätten sie jeden Rest des alten Staatsapparates restlos zerschlagen müssen und eine Arbeiterregierung bilden müssen, aber erst wenn fast alle Arbeiter des ganzen Landes sich emanzipiert hätten, was nur eine Frage der Zeit gewesen wäre. Aber die Arbeiter haben viele verräterische Reformisten in die Räte gewählt, weil sie kaum ernstzunehmende Alternativen hatten, und weil sie in ihrer Unerfahrenheit, was politische Führung angeht, keine richtige theoretische Basis hatten. Trotzdem waren die Arbeiter am Ende bereit – nur leider zu früh – die alte Regierung zu stürzen. Die KPD hätte solche verhängnisvollen Alleingänge von Karl Liebknecht (sein zu früher Aufruf zum Umsturz der Regierung) um jeden Preis verhindern müssen.

Der notwendige Zentralismus hat ihr gefehlt, und die Arbeiter wollten vorwärts stürmen. Lenin drückte es so aus:

»Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick

*der Krise nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung (der Kommunisten von den linken und rechten Sozialdemokraten), infolge des Drucks der verfluchten Tradition der Einheit mit der korrupten... und charakterlosen... Bande der Lakaien des Kapitals. In jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter... erwachte in unglaublicher Schärfe der Haß gegen den Opportunismus der alten deutschen Sozialdemokratie, und dieser Haß – das edelste, erhabenste Gefühl der Besten aus der unterdrückten und ausgebeuteten Masse – machte die Menschen blind, nahm ihnen die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen und eine eigene richtige Strategie auszuarbeiten... Dieser Haß trieb sie zu vorzeitigen Aufständen.«*

Ein weiterer großer Fehler der KPD war es, nicht an den Wahlen der Nationalversammlung teilzunehmen, und diese als Bühne für den Aufruf zum fortgesetzten Kampf und gegen die alte Regierung zu benutzen, da die große Mehrheit der Berliner Arbeiter an ihr teilnahm. Die Mehrheit der KPD hatte sich gegen eine Teilnahme entschieden, obwohl Rosa Luxemburg logisch argumentierte: Um die Massen gegen die Nationalversammlung mobil zu machen und zum schärfsten Kampf aufzurufen, dazu müssen die

Wahlen, dazu muß die Bühne der Nationalversammlung ausgenutzt werden... Alle Schliche und Kniffe der wertigen Versammlung rücksichtslos und laut denunzieren, ihr gegenrevolutionäres Werk auf Schritt und Tritt vor der Masse entlarven, die Massen zur Entscheidung, zur Einmischung anrufen – dies ist die Aufgabe der Beteiligung an der Nationalversammlung. Die Arbeiter wollten die Zusammenarbeit von SPD, USPD und KPD, doch die KPD hat jegliche Zusammenarbeit abgelehnt, und so die Arbeiter glauben gemacht, daß sie die Revolution boykottieren wolle. Die KPD hätte sich für eine vorübergehende Zusammenarbeit aus taktischen Gründen entschließen müssen, um so die Unfähigkeit der SPD/USPD vorzuführen, und die Arbeiter zu überzeugen und auf ihre Seite zu bringen. Auch hat die KPD Gewerkschaftsarbeit als unwichtig angesehen, obwohl die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder von 1918 – 1920 enorm gestiegen ist.

Wer will, daß die Revolution das nächste Mal siegreich ausgeht, muß sich also einer unabhängigen, revolutionären Partei anschließen, sich mit seinen Genossen in der Geschichte des Klassenkampfes schulen, und versuchen neue Mitglieder zu gewinnen. ★

(Fortsetzung von S. 28)

Nein, daß wäre alles nicht so gemeint, man sei zwar *systemkritisch* und will die gesellschaftlichen Voraussetzungen langsam ändern und reformieren, aber man stehe voll auf dem Boden der Verfassung.

Offizielle Politik der PDS ist mittlerweile nämlich wirklich, daß man sich zum Grundgesetz, zur Freiheitlich Demokratischen Grundordnung und auch zur Mecklenburg-Vorpommerschen Landesverfassung bekennt.

Und so eine Partei wird immer noch von einigen „Linken“ als wählbare Alternative zur SPD gesehen. Die PDS bekennt sich voll zum Staat der Banken und Bonzen, zur Herrschaft der Bourgeoisie übers Proletariat.

Sie steht hinter einer Verfassung, die faktisch das Grundrecht auf Asyl abgeschafft hat, Menschen ausländischer Herkunft diskriminiert, das Kapital der Reichen beschützt u.s.w. u.s.f..

Die PDS will eine ostdeutsche SPD

werden, dafür sagt sie auch mal 'ne Demo gegen Nazis ab, weil diese in einer PDS-Hochburg stattgefunden hätte. Wenn man schon viele Wähler hat, wie die in Sachsenanhalt, die Erst- und Zweitstimme zwischen DVU und PDS aufteilen, da will man ja sein eigenes Klientel nicht verschrecken.

Ansonsten will die PDS mit in die Regierungen und Ämter, Geld kassieren, sich alle vier Jahre wählen lassen und für die Arbeiter einer Vermittlerrolle zum Kapital hin spielen.

Was wir von ihr nicht erwarten können, ist das, was notwendig ist. Nämlich eine Revolution von unten, die Selbstemanzipation der Arbeiter, die Schritte hin zum Sozialismus, in dem es weder Hunger, Elend noch Krieg geben wird. Das müssen wir von uns selber erwarten und heute anfangen, die revolutionäre Arbeiterpartei von morgen aufzubauen.

**Als revolutionärer Sozialist gehört man (heute) nicht in die PDS. Sondern in die IS!** ★

## Bücherkiste der IS

Tony Cliff	Studie über Rosa Luxemburg	4 DM
	Staatskapitalismus in Rußland	16 DM
Chris Harman	Das ist Marxismus	5 DM
	Frauenbefreiung und Klassenkampf	2,50 DM
	Gramsci gegen Reformismus	2 DM
	Wohin treibt der Kapitalismus?	5 DM
	Rußland: wie die Revolution scheiterte	2 DM
Duncan Hallas	Die Komintern	12 DM
	Geschichte der 4. Internationale	3 DM
	Kritik des orthodoxen Trotzismus	2 DM
	Geschichte der VI. Internationale	3 DM
	Trotzkis Marxismus	6 DM
John Molyneux	Was ist die authentische marxistische Tradition?	4 DM
	Die zukünftige sozialistische Gesellschaft	2 DM
	Das Wesen der Menschen	1,50 DM
Alex Callinicos	Rasse und Klasse	3 DM
Nigel Harris	Warum hungert die halbe Welt?	2 DM
John Rees	Trotzki und die Dialektik der Geschichte	2 DM
	Oktober 1917	10 DM
SAG	Wurzeln der Arbeiterbewegung	5 DM
Cliff/Harman	Partei und Klasse	6 DM
Norbert Nelte	Marxistische Wirtschaftstheorie leicht gemacht	2 DM
	Markt oder Plan?	3 DM
	Klassenkampf	3 DM
<b>in türkischer Sprache:</b>		
Chris Harman	Parti ve Sınıf	2 DM
	Rusya'da Devrim ve Karsı'da Devrim	2 DM
Tony Cliff	Sürekli Devrim – bir degerlendirme	2 DM
Peter Binns	Rusya'da Devlet Kapitalizmi	2 DM
David McNally	Aşadan Sosyalizim	3 DM

Broschüren sind bei allen Veranstaltungen der IS zu haben, bei Ortskontakten und Büchertischen oder per Post (+ 2 DM) von N. Nelte, Xantener Str. 3a, 50733 Köln  
★ Auf Anfrage schicken wir gern unseren Gesamtkatalog

# Veranstaltungen der IS



## Tagesschulungen

**NOVEMBER-SCHULUNG IN BOCHUM: Samstag, 21.11.1998, 13 Uhr**  
Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108

- Anarchismus, ■ Reformismus, ■ Stalinismus ■ Feminismus
- Warum wir die marxistische Theorie brauchen

## Diskussionsveranstaltungen

### KÖLN

Jeden Mittwoch, 20.00 Uhr

Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429

4.11.1998 ★ Marxismus heute:

Massenansprache oder Theoriezirkel? ☆ Referat und Diskussion

11.11.1998 ★ Welche Perspektive gegen die globale Klimakatastrophe? ☆ Referat und Diskussion

18.11.1998 ★ Marxisten und die Todesstrafe ☆ Referat und Diskussion

25.11.1998 ★ Proletarischer Frauenkampf oder bürgerlicher Feminismus? ☆ Referat und Diskussion

2.12.1998 ★ Vorsicht Ökosteuer ☆ Referat und Diskussion

9.12.1998 ★ Die Entwicklung des Kapitalismus ☆ Referat und Diskussion

16.12.1998 ★ Die Geschichte der Black Panther Party ☆ Referat und Diskussion

23.12.1998 ★ Aktuelles Thema

### BONN

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr

Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205

5.11.1998 ★ Individueller Terror oder Klassenkampf? Die RAF und ihr Scheitern ☆ Referat und Diskussion

19.11.1998 ★ Marxistische Ökonomie für Einsteiger ☆ Referat und Diskussion

3.12.1998 ★ Einführung in die marxistische Philosophie ☆ Referat und Diskussion

17.12.1998 ★ Europa, Euro und die Arbeiterklasse ☆ Referat und Diskussion

### BOCHUM

Jeweils donnerstags, 20.00 Uhr

Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Raum 6

??11.1998 ★ Aufbau der revolutionären Partei im Abschwung der Bewegung ☆ Referat und Diskussion

### WUPPERTAL

Jeweils donnerstags, 20.00 Uhr

Die Börse, Wolkenburg 100

5.11.1998 ★ Vor 80 Jahren: Revolution in Deutschland

19.11.1998 ★ Was bringt die neue Regierung?

3.12.1998 ★ Frauenbewegung und Klassenkampf

17.12.1998 ★ Ökofaschismus

### UNI KÖLN

Diskussionen um aktuelle und theoretische Fragen des Sozialismus an unserem Infostand:

★ Jeden Donnerstag (im Semester) von 12.00 bis 13.00 Uhr im Foyer des Philosophikums an der Uni Köln

Besucher willkommen auf allen Veranstaltungen!



**NEU!**  
Die IS-CD-ROM

- Volltexte unserer Publikationen
- Fast alle Broschüren der IS
- linke opposition 1-12, KK 1-10
- Klassiker

6 DM + 3 DM Porto/Versand



**Klassenkampf**

ist DEINE Zeitung!

Jetzt abonnieren!

- Einzelpreis 2 DM
- Jahresabo (6 Ausgaben) 20 DM inkl. Porto

Bestelladresse:  
N. Nelte  
Xantener Straße 3a  
50733 Köln

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Armee, die Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der „Klassenkampf“ und die „Linke Opposition“ setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.

Wir fordern alle diejenigen auf, sich den „Internationalen Sozialisten“ anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen übereinstimmen und bereit sind, aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

# Klassenkampf PDS:

**Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Bündnis 90/Die Grünen und SPD in Bonn konnte jeder sehen, wie schnell die Grünen althergebrachte Grundsätze über Bord warfen, um nur ja jetzt auch wirklich endlich mit in das Regierungsboot zu dürfen.**

Deswegen geht leider der Anpassungskurs der PDS an die SPD in Mecklenburg-Vorpommern fast gänzlich unter, was dieser Artikel ändern möchte.

Nach 8 Jahren in der Opposition sieht die PDS nun erstmals die reelle Chance, mit in eine Landesregierung zu kommen. Die SPD kann nicht mehr an einer Partei vorbeilaufen, die im Durchschnitt von jedem fünften ostdeutschen Wähler gewählt wird (in MV waren es 24,4 %), und sich selbst fälschlicherweise als sozialistisch bezeichnet. Die CDU hat von den Wählern so einen deutlichen Dämpfer gekriegt, daß die SPD nur im Notfall mit ihr zusammen gehen könnte. Die dritte Kraft im Lande ist die PDS, also wurde auch diese zu Koalitionsverhandlungen eingeladen. Es besteht rein rechnerisch auch die Möglichkeit einer SPD-Minderheitsregierung mit Tolerierung durch die PDS, aber dann könnte die PDS ihre Hände in Unschuld waschen und alles was schief läuft würde rein der SPD angelastet, während die PDS auf ihre Oppositionsrolle verweisen könnte. Also wird es wohl zur ersten „rot-dunkelroten“ Landesregierung kommen.

Aber die PDS ist gar keine sozialistische Partei, wie sie selber sogar nach eigenem Bekunden zugibt. Eine sozialistische Partei würde ja ein ganz anderes Gesellschaftssystem als das derzeitige erkämpfen wollen. Müßten solche „linksradikalen“ Schlagwörter nicht die „demokratische“ Volkspartei SPD abschrecken?

Aber nicht doch. Doch fangen wir am Anfang an...

Laut Bundestagswahlprogramm ist die PDS eine Partei, die allen Menschen offensteht, egal aus welcher gesellschaftlichen Schicht. Sie mogeln sich um den Begriff Klasse herum und damit um die Klassenwidersprüche. Der Arbeitslose kann hier theoretisch mit demjenigen zusammen für eine gerechtere Republik streiten, der ihn aus Profitgründen entlassen hat. Und als (Wahl-)Masse darf der Arbeiter sein Kreuz bei der PDS auf dem Stimmzettel machen, der tagtäglich vom Kapitalisten ausgebeutet wird und dem tagtäglich die Arbeitslosigkeit droht.

Außerdem ist es egal, ob man das kapitalistische System zerschlagen oder nur reformieren will, willkommen ist man in beiden Fällen. Die verschiedenen Gruppen innerhalb der PDS beziehen unterschiedliche Standpunkte zum Thema Sozialismus und arbeiten mit verschiedenen Gruppen zusammen. Eines aber eint sie alle, die Befreiung der Arbeiter ist in ihrer Planung nicht vorgesehen. Sie selber wollen lieber für uns Arbeiter Politik machen, da reicht es, sie alle vier Jahre mal zu wählen.

Und, auch wenn manchen dieser Hinweis verpönt ist, die PDS-Vorgängerin SED hat im Aufbau, Verlauf und Abwicklung der staatskapitalistischen DDR gezeigt, was sie unter Sozialismus verstand – ein bürokratisches, staatskapitalistisches Ausbeutungssystem.

Heute arbeitet die PDS auf lokaler Ebene mit den Voll-Stalinisten von der DKP zusammen und auf Länderebene ab jetzt wohl (zumindest im Osten) mit den Reformisten der SPD.

Das ideologische Rüstzeug, mit dem die PDS-Führung in die Koalitionsverhandlungen in MV gezogen sind, waren also eh mehr als dürftig. Aber

auch wenn das anders gewesen wäre, es hätte nichts geändert, denn die PDS-Spitze gibt eh alle Positionen auf, die sie vorher vertreten hat. Ihre Zustimmung zum Bau der Ostsee-Eisenbahn (welcher vorher konsequent abgelehnt worden war) ist da nur das bekannteste Beispiel.

Der Autor dieser Zeilen hatte nicht gewußt, ob er lachen oder weinen sollte, als er die Berichterstattung über die Verhandlungen in MV im Autoradio gehört hat. Gut, morgens um sieben auf dem Weg zur Arbeit weiß man das eh nie, aber es klang zu peinlich. Zusammenfassend kam dabei rüber, daß die PDS eigentlich zu allem „Ja und Amen“ sagt, aber dafür mehr Geld zur Verfügung haben will für die Projekte, die ihr am Herzen liegen.

Woher das Geld kommen soll, daß sagt die PDS aber nicht so richtig. Sie spricht zwar in ihren Publikationen mal von Luxussteuern (Kaviaressen und Porsche fahren ist nämlich o.K., aber die Steuer auf diese Produkte muß höher sein) und ein bißchen was vom umverteilen, aber nichts davon, daß man den Banken, Versicherungen und Kapitalisten ihr zusammengestohlenen Geld wegnehmen muß.

Genau wie bei den Grünen (Fischer-Trittin, bzw. eigentlich jeder bürgerlichen Partei, siehe z.B. Lafontaine-Schröder bei der SPD) gibt es auch bei der PDS ein paar Leute, die ein bißchen krassere Phrasen dreschen dürfen und dann wiederum Leute, die das dann relativieren.

Eine Sprecherin der PDS wurde in einem Radiointerview gefragt, wie denn die PDS als regierungsfähig und demokratisch gelten will, wenn ein Vertreter der Führungsspitze öffentlich davon gesprochen hat, die PDS wäre „antikapitalistisch und *system-opponent*“.

(Fortsetzung auf S. 26)